

Roland Döhrn, György Barabas, Heinz Gebhardt, Martin Micheli, Svetlana Rujin und Lina Zwick

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung bleibt moderat¹

Kurzfassung

Die Konjunktur in Deutschland hat gegen Jahresende 2013 deutlich an Schwung gewonnen. Diese positive Tendenz dürfte sich im Jahr 2014 fortsetzen. Hierfür sprechen vor allem die günstigen Stimmungsindikatoren. Die realwirtschaftlichen Indikatoren verbessern sich hingegen nur langsam, was auf einen nicht übermäßig dynamischen Aufschwung hindeutet. Im ersten Quartal dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion allerdings recht stark ausgeweitet werden, weil aufgrund der milden Witterung die Bauproduktion saisonunüblich stark war. Dem dürfte aber eine Gegenbewegung im zweiten Quartal folgen.

Treibende Kraft der Entwicklung im Jahr 2014 dürfte die Binnennachfrage sein. Die günstigere Stimmung unter den Unternehmen wird sich aller Erfahrung nach in steigenden Ausrüstungsinvestitionen niederschlagen, und die Bauinvestitionen werden wohl weiterhin von niedrigen Zinsen und steigenden Immobilienpreisen profitieren. Da sich der Beschäftigungsaufbau fortsetzen dürfte, ist zudem ein deutlicher Anstieg der privaten Konsumausgaben zu erwarten. Von der Außenwirtschaft dürften hingegen nur geringe Impulse für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ausgehen. Alles in allem dürfte das reale BIP in diesem Jahr um 1,9% wachsen.

Bei fortgesetzter Belegung des Welthandels ist für das Jahr 2015 ein Anhalten des Aufschwungs zu erwarten. Bestimmend für das Expansionstempo wird aber voraussichtlich die Binnennachfrage bleiben. Die Außenwirtschaft dürfte weiterhin nur einen leicht positiven Wachstumsbeitrag liefern. Das BIP wird voraussichtlich um 2,1% zunehmen.

Die Lage am Arbeitsmarkt wird sich im Laufe dieses Jahres mit der anziehenden Konjunktur voraussichtlich weiter verbessern. Die Arbeitslosenquote dürfte im Jahresdurchschnitt von 6,9% im vergangenen auf 6,7% in diesem Jahr sinken. Im Jahr 2015 dürfte

¹ Abgeschlossen am 11.3.2014. Wir danken Angela Fuest, Philipp an de Meulen und Randi Wagener für die Mitarbeit. Kritische Hinweise zu früheren Fassungen des Berichts gaben Ronald Bachmann, Katharina Brach, Wim Kösters, Torsten Schmidt, Christoph M. Schmidt und Sabine Weiler. Für die technische Unterstützung danken wir Waltraud Lutze.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

sich der Abbau der Arbeitslosigkeit nur in geringem Maße fortsetzen. Die angekündigte Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns dürfte aller Voraussicht nach insbesondere zu Arbeitsplatzverlusten bei geringfügig Beschäftigten führen.

Bei im Prognosezeitraum steigender Kapazitätsauslastung ist eine Beschleunigung der Inflation zu erwarten. Dazu dürfte auch beitragen, dass sich die gestiegenen Immobilienpreise allmählich in höheren Mieten niederschlagen. Die Inflationsrate bleibt aber mit voraussichtlich 1,2% in diesem und 1,6% im kommenden Jahr in langfristiger Perspektive moderat.

Der Staatshaushalt war im Jahr 2013 ausgeglichen. Im Prognosezeitraum dürfte die Finanzpolitik zwar leicht expansiv ausgerichtet sein, allerdings werden die Staatseinnahmen weiter kräftig zunehmen. Daher ist zu erwarten, dass der Staat nach einem abermals ausgeglichenen Haushalt in 2014 im kommenden Jahr ein Überschuss von 8 Mrd. € bzw. 0,3% in Relation zum BIP erzielen wird.

Risiken der Prognose ergeben sich unter anderem daraus, dass sich die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns nur schwer abschätzen lassen. Die politischen Auseinandersetzungen mit Russland auf-

Tabelle 1
Eckwerte der Prognose
2013 bis 2015

	2013	2014 ^P	2015 ^P
Bruttoinlandsprodukt ¹ , Veränderung in %	0,4	1,9	2,1
Erwerbstätige ² , in 1000	41 841	42 180	42 220
Arbeitslose ³ , in 1000	2 950	2 885	2 930
Arbeitslosenquote ^{3,4} , in %	6,9	6,7	6,7
Verbraucherpreise, Veränderung in %	1,5	1,2	1,6
Lohnstückkosten ⁵ , Veränderung in %	2,1	1,3	1,4
Finanzierungssaldo des Staates ⁶			
in Mrd. €	0,3	0	8
in % des nominalen BIP	0,0	0,0	0,3
Leistungsbilanzsaldo ⁷			
in Mrd. €	201,0	216	224
in % des nominalen BIP	7,3	7,6	7,6

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Deutschen Bundesbank und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Preisbereinigt. - ²Im Inland. - ³Nationale Abgrenzung. - ⁴Bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁵Arbeitnehmerentgelte je Beschäftigten bezogen auf das reale BIP je Erwerbstätigen. - ⁶In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - ⁷In der Abgrenzung der Leistungsbilanzstatistik. - ^PEigene Prognose.

grund der aktuellen Krise in der Ukraine könnten außerdem die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen deutlich verschlechtern.

Die deutsche Wirtschaftspolitik hat Themenfelder in den Mittelpunkt gerückt, die in erster Linie Verteilungsfragen adressieren. So wurden deutliche Leistungsverbesserungen in der Rentenversicherung angekündigt, und durch den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn soll die Einkommenssituation von Beziehern geringer Einkommen verbessert werden. Ein Problem dieser Politik besteht darin, dass gesamtstaatliche Aufgaben durch Sozialabgaben finanziert werden, die die Arbeitskosten erhöhen. Da der gesetzliche Mindestlohn in die gleiche Richtung wirkt, sind die Erfolge der Arbeitsmarktreformen (Hartz-Reformen), die sich in einem deutlichen Abbau der Arbeitslosigkeit während der vergangenen zehn Jahre niederschlugen, erheblich gefährdet.

Summary

Economic activity in Germany has accelerated at the end of 2013. This positive trend is expected to continue throughout 2014, as indicated by favorable sentiment indicators. However, real economic indicators are improving only slowly, implying that the upswing will be only moderate. Nevertheless, aggregate output is expected to grow strongly in the first quarter because of an unusually high production level in the construction sector resulting from mild weather conditions. Yet, for the second quarter a contraction is expected.

Domestic demand will be the driving force of economic developments in 2014. Favorable corporate sentiments are expected to lead to an increase in equipment spending. Furthermore, persistent low interest rates and rising real estate prices are likely to further encourage investments in construction. The expansion of employment is likely to continue so that private consumption expenditure is expected to increase strongly. In contrast, the external sector is not likely to significantly contribute to economic growth. Finally, real GDP is expected to grow by 1.9% this year.

If the stimulation of international trade resumes, the upturn is expected to persist in 2015. However, domestic demand is likely to remain the determining factor for the speed of expansion. Gross domestic product is expected to increase by 2.1%.

The labor market will benefit from the economic upswing in the course of 2014. The annual average unemployment rate is expected to decrease from 6.9% in 2013 to 6.7% this year. The reduction of unemployment is likely to continue only modestly in 2015. The planned implementation of statutory minimum wages is likely to reduce jobs predominantly in the marginal employment sector.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

With capacity utilization rising, inflation will accelerate in 2014 and 2015. Rising real estate prices which result in increased rents will further contribute to higher inflationary pressures. However, the inflation rate is likely to remain moderate in the long term, with an expected rate of 1.2% this year and 1.6% in the next year.

The government budget exhibited a small surplus for the year 2013. While fiscal policy is expected to be mildly expansive, public revenues are likely to continue to increase strongly. Thus, government budget will be in balance in 2014, too. For 2015, a surplus is expected of 8 bn € or 0.3% of GDP.

Nonetheless, there are uncertainties involved with these forecasts. First, the economic repercussions of implementing statutory minimum wages are difficult to gauge. Second, political conflicts with Russia resulting from the current crisis in the Ukraine could be detrimental to foreign trade.

German economic policy is actually focused predominantly on income distribution issues. The government has announced to expand pensions for some groups and to introduce statutory minimum wages to improve earnings of employees on low incomes. This policy, however, both measures will lead to increased labor costs. This policy could jeopardize the positive outcomes of past labor market reforms which have considerably reduced unemployment during the last ten years.

Key Forecast Data

2013 to 2015

	2013	2014 ^f	2015 ^f
Gross Domestic Product ¹ , change in %	0.4	1.9	2.1
Employed persons ² , in 1000	41 841	42 180	42 220
Unemployed ³ , in 1000	2 950	2 885	2 930
Unemployment rate ^{3,4} , in %	6.9	6.7	6.7
Consumer prices, change in %	1.5	1.2	1.6
Labor unit costs ⁵ , change in %	2.1	1.3	1.4
Fiscal balance ⁶			
in € bn	0.3	0	8
in % of nominal GDP	0.0	0.0	0.3
Current account balance ⁷			
in € bn	201.0	216	224
in % of nominal GDP	7.3	7.6	7.6

RWI calculations based on data provided by the German Statistical Office, Deutsche Bundesbank, and the Federal Labor Office. - ¹In real terms. - ²Domestic. - ³National definition. - ⁴in % of civilian labor force. - ⁵Compensation per employee divided by real GDP per employed person. - ⁶National Accounts definition. - ⁷Balance of payment definition. - ^fForecast.

1. Überblick

1.1 Kräftige Belebung zum Jahreswechsel

Die Konjunktur in Deutschland war zum Jahreswechsel 2013/14 deutlich aufwärts gerichtet. Der Anstieg des realen BIP beschleunigte sich im vierten Quartal und erreichte zuletzt eine Vorquartalsrate von 0,4%. Dennoch ist das Konjunkturbild nach wie vor unklar. Die recht kräftige Expansion im vierten Quartal reflektiert im Wesentlichen eine deutliche Verbesserung des Außenbeitrags, während die inländische Verwendung rückläufig war, insbesondere aufgrund eines deutlichen Lagerabbaus.² Allerdings nehmen weder Exporte noch Ausrüstungsinvestitionen mit Raten zu, wie sie in der Vergangenheit zu Beginn von Aufschwüngen beobachtet wurden. Vor diesem Hintergrund sind nach wie vor Zweifel an der Stärke des Aufschwungs angebracht.

Verbesserung
des Außenbeitrags
im vierten
Quartal

Für eine kräftige Expansion in diesem Jahr sprechen vor allem die Stimmungsindikatoren. Der ifo Geschäftsklimaindex und der Composite-Index des *Purchasing Managers' Index* erreichten im Februar ihren höchsten Wert seit 2011, als die Deutsche Wirtschaft kräftig wuchs. Allerdings steht die derzeit gute Stimmung unter den Unternehmen in einem Widerspruch zu den nach wie vor sich nur zögerlich verbessernden realwirtschaftlichen Indikatoren (Schaubild 1). Auftragszugang und Industrieproduktion lagen im vierten Quartal 2013 noch unter den Werten vom Frühjahr 2011, als der bis dahin kräftige Aufschwung in eine gemächlichere Expansion mündete. Sie haben sich zwar im Verlauf von 2013 wieder verbessert. Es fällt aber auf, dass die Aufträge aus dem Inland nur wenig zunehmen, im Gegensatz zu den Auslandsaufträgen insbesondere von außerhalb des Euro-Raums. Dies passt nicht zum Bild eines binnenwirtschaftlich geprägten, vom internationalen Umfeld weniger abhängigen Aufschwungs der deutschen Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund erwarten wir eine eher verhaltene Expansion mit Raten knapp oberhalb der Potenzialrate.

Schwache
Expansion der
Inlandsaufträge

Das Kurzfristmodell, aus dem das RWI den Zuwachs des saisonbereinigten BIP im laufenden und im kommenden Quartal ableitet, lässt eine nochmals etwas kräftigere Expansion als Ende 2013 erwarten. Für das erste Quartal 2014 liegt der Zuwachs im Mittel der in das Modell eingehenden Prognosegleichungen bei 0,6%, für das

² Die Revisionspraxis bei den Vorratsinvestitionen lässt allerdings erwarten, dass im Lauf der Zeit der Wachstumsbeitrag des Lagers nach oben und stattdessen andere Verwendungskomponenten nach unten revidiert werden (Döhrn et al. 2009: 37).

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Kasten 1

Die Prognose vom Frühjahr 2013 im Rückblick

Die im März vergangenen Jahres veröffentlichte Prognose des RWI war alles in allem mit recht geringen Prognosefehlern behaftet. Dies gilt sowohl für das BIP, dessen Anstieg lediglich um 0,2%-Punkte überschätzt wurde, als auch für nahezu alle Komponenten der gesamtwirtschaftlichen Verwendung. Nur beim Staatsverbrauch lag der Fehler etwas über dem Durchschnitt der Prognosen der Vergangenheit. Ansonsten waren die Fehler selbst bei volatilen und daher schwierig zu schätzenden Größen äußerst gering; sie lagen in der Regel im Bereich der statistischen Unschärfe, die in der durchschnittlichen Revision der Veränderungsdaten zum Ausdruck kommt.

Prognose und Istwerte des BIP und seiner Komponenten 2013

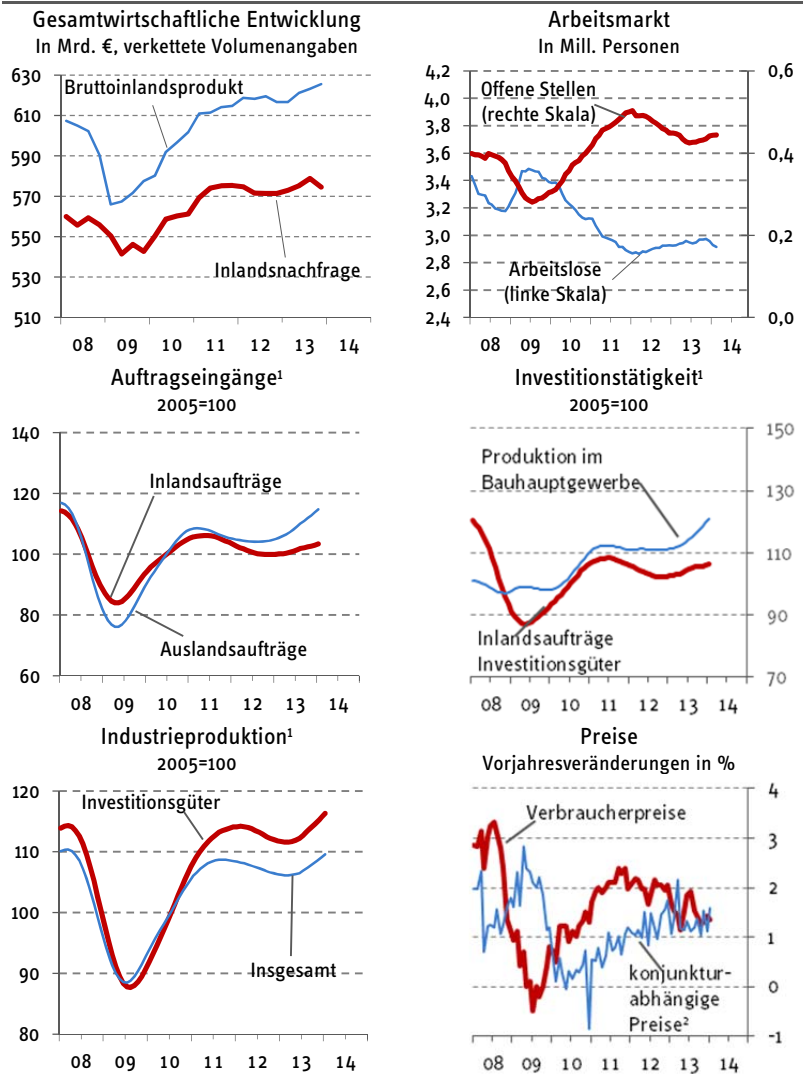
	Prog- nose März 2013	Ist ¹	Absoluter Progno- sefehler		Nach- richtlich: Durch- schnittli- che Revi- sion ³
			Bericht März 2013	Durch- schnitt 1991- 2012 ²	
Privater Konsum	0,8	0,9	0,1	0,8	0,42
Staatskonsum	1,4	0,7	0,7	0,6	0,71
Anlageinvestitionen	-0,4	-0,7	0,3	2,7	0,86
Ausrüstungen	-2,3	-2,1	0,1	4,1	1,31
Bauten	0,5	1,1	0,4	2,7	1,37
Vorratsveränderung ⁴	-0,2	-0,1	0,1	0,4 ^a	0,58
Außenbeitrag ⁴	0,1	0,0	0,1	0,7	0,19
Exporte	2,8	0,8	2,0	2,7	1,16
Importe	2,9	0,9	2,0	2,6	1,58
Bruttoinlandsprodukt	0,6	0,4	0,2	0,7	0,45

Eigene Berechnungen. – ¹Datenstand Februar 2013. – ²RWI-Konjunkturberichte vom März. – ³Der ersten Veröffentlichung der vierteljährlichen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 1993-2008. – ⁴Wachstumsbeitrag. – ^a1996-2012.

Nicht nur die Prognose der jahresdurchschnittlichen Veränderungsrate des BIP erwies sich als treffsicher, sondern auch die der Entwicklung des saisonbereinigten BIP im Jahresverlauf. Vor einem Jahr hatten wir ein schwaches erstes Quartal erwartet, dem eine deutliche Gegenbewegung im zweiten Quartal folgen sollte, weil die sich abzeichnenden winterbedingten Produktionsausfälle nachgeholt werden würden. Dies ist ebenso eingetreten wie die dann wieder geringere Zuwachsraten im dritten Quartal und die Beschleunigung zum Jahresende.

1. Überblick

Schaubild 1
Indikatoren der Konjunktur
 2008 bis 2014



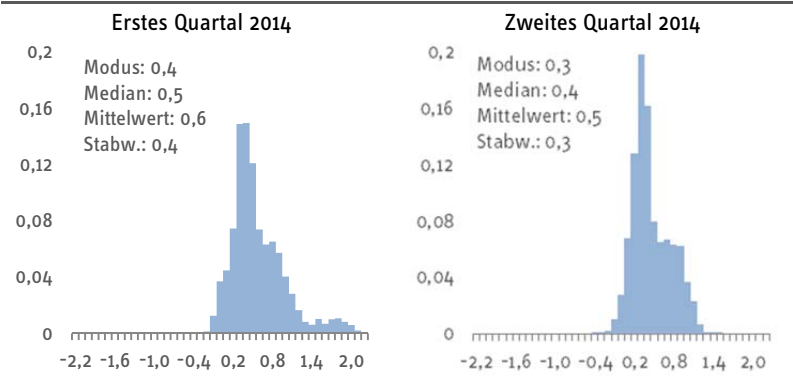
Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit. - ¹Trend-Zyklus-Komponente nach BV 4.1. - ²Ohne Energie, saisonabhängige Güter, Mieten und administrierte Preise.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 2

Kurzfristschätzung der Zuwachsrates des BIP

Prozentuale Verteilung der Prognosen der Vorquartalsveränderung



Eigene Berechnungen. Zur Methode vgl. Döhrn et al. (2011a): 65-67.

zweite etwas darunter. Die Verteilung der Prognosen ist rechtsschief, was die Möglichkeit einer etwas günstigeren Entwicklung andeuten könnte. Das erste Quartal dürfte bereits dadurch beeinflusst sein, dass aufgrund des in weiten Teilen Deutschlands ausgesprochen milden Winters die Bauwirtschaft im Januar außerordentlich hoch war. Dies wird durch die Saisonbereinigungsverfahren nicht aufgefangen, da sie auf Zeitreihenansätzen aufbauen und damit einen durchschnittlichen Winter unterstellen. Da dieser Effekt auch die Monate Februar und März beeinflussen dürfte, schätzen wir den Zuwachs der gesamtwirtschaftlichen Produktion im ersten Quartal noch etwas stärker ein als das Kurzfristmodell vorhersagt. Im zweiten Quartal dürfte dann allerdings im Gegenzug die Produktion schwächer ausfallen.

Wetter schiebt
Konjunktur
im ersten Quartal

1.2 Annahmen der Prognose

Über diese Kurzfristschätzung hinaus liegen unserer Prognose folgende Annahmen zugrunde:

- i** Der Welthandel mit Waren wird 2014 um 4,0% und 2015 um 5,3% zunehmen.
- i** Rohöl wird sich im Prognosezeitraum mit einer Jahresrate von 2% verteuern, womit der Preis real auf dem zuletzt erreichten Niveau bleibt. Im Jahresdurchschnitt bedeutet dies für die Sorte Brent einen Preis von 109,2 \$/b in diesem und von 111,5 \$/b im kommenden Jahr.
- i** Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem Dollar liegt im Prognosezeitraum unverändert bei 1,38 \$/€.

Bezüglich der Wirtschaftspolitik nehmen wir Folgendes an:

1. Überblick

- fi Die EZB wird den Hauptrefinanzierungssatz im Prognosezeitraum unverändert bei 0,25% belassen.
- fi Die Finanzpolitik wird im Prognosezeitraum leicht expansiv ausgerichtet sein. Die im Koalitionsvertrag vereinbarten prioritären Maßnahmen dürften zu Mehrausgaben von rund 3 Mrd. € im Jahr 2014 und 4,5 Mrd. € im Jahr 2015 führen. Außerdem sollen ab Mitte des laufenden Jahres Leistungsausweitungen bei der Rentenversicherung in Kraft treten. Die daraus resultierenden Mehrausgaben werden mit 4,4 Mrd. € im Jahr 2014 und 9 Mrd. € im Jahr 2015 veranschlagt. Auch die Leistungen in der Pflegeversicherung werden 2015 ausgeweitet. Im Gegenzug soll der Beitragssatz zum Jahr 2015 um 0,3%-Punkte angehoben werden.³ Alles in allem dürften sich die expansiven Impulse verglichen mit dem Rechtsstand des Jahres 2013 auf 0,3% in Relation zum nominalen BIP in diesem auf 0,4% im kommenden Jahr belaufen.
- fi Die Tariflöhne je Stunde (in der Abgrenzung der Deutschen Bundesbank) werden in diesem Jahr um 2,9% und im kommenden Jahr um 2,8% zunehmen. Darin ist die angekündigte Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns zum 1. Januar 2015 nicht eingerechnet, die in der vorliegenden Prognose als Aufschlag auf den Tariflohn, also als Teil der Lohndrift berücksichtigt wird. Zu der Umsetzung der Einführung des Mindestlohns in dieser Prognose siehe Kasten 2.

1.3 Konjunktur bleibt aufwärts gerichtet

Zu Beginn des Jahres 2014 stehen die Zeichen günstig, dass die im vergangenen Jahr begonnene Beschleunigung der Konjunktur sich in diesem Jahr fortsetzt. Treibende Kraft dürfte die Binnennachfrage sein. Die günstigere Stimmung unter den Unternehmen wird sich aller Erfahrung nach in steigenden Ausrüstungsinvestitionen niederschlagen. Auch die Bauinvestitionen werden bei voraussichtlich anhaltend niedrigen Zinsen und hoher Nachfrage nach Wohnraum wohl weiterhin spürbar ausgeweitet werden. Da sich der Beschäftigungsaufbau fortsetzen dürfte, ist zudem ein deutlicher Anstieg der privaten Konsumausgaben zu erwarten. Von der Außenwirtschaft dürften hingegen kaum Impulse für die Expansion des BIP ausgehen. Der positive Wachstumsbeitrag im vierten Quartal 2013 war wohl eher ein Ausreißer. Mit dem Anziehen der Binnennachfrage dürften die Importe rascher ausgeweitet werden als die Exporte, zumal diese durch die nach wie vor schwache Kapazitätsauslastung im Euro-Raum und wachsende Probleme in einigen Schwellenländern belastet werden. Alles in allem dürfte das reale BIP in diesem Jahr um 1,9% ausgeweitet werden.

Konjunkturbeschleunigung setzt sich 2014 fort

3 Davon sind 0,1%-Punkte vorgesehen, um einen Pflegevorsorgefonds aufzubauen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Kasten 2

Konjunkturelle Wirkungen der Einführung eines Mindestlohns

Die Große Koalition hat angekündigt, ab dem 1. Januar 2015 einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 € brutto je Stunde einzuführen. Dabei sollen bis Ende 2016 noch Übergangsregeln für tarifvertraglich vereinbarte Mindestlöhne gelten, die niedriger sein dürfen. Ab dem 1. Januar 2017 soll der Mindestlohn ohne Einschränkungen gelten. Es liegt allerdings noch kein Gesetzentwurf vor, so dass unklar ist, ob und gegebenenfalls welche Ausnahmeregelungen es geben wird. Realistisch erscheinen Ausnahmen für Auszubildende und Praktikanten, aber die Diskussion ist noch nicht abgeschlossen. Unter anderem werden auch Ausnahmen für Rentner, Schüler und Studenten sowie Saisonarbeiter gefordert.

Mit Blick auf die konjunkturellen Wirkungen eines flächendeckenden Mindestlohns stellen sich folgende Fragen: Erstens, wie beeinflusst ein Mindestlohn die Effektivlöhne und damit die Arbeitskosten? Zweitens, wie beeinflusst ein Mindestlohn die Beschäftigung? Drittens, wie beeinflusst ein Mindestlohn die Einkommen? Und schließlich viertens, was sind die Konsequenzen für das Preisniveau? Diese vier Fragen stehen allerdings in einem engen Zusammenhang, und der Ausgangspunkt für die Antworten ist eine fünfte Frage: Wie viele Menschen wären von einem Mindestlohn direkt betroffen und aus welchem Personenkreis stammen sie?

Angaben zum von einem Mindestlohn betroffenen Personenkreis liefert das Sozioökonomische Panel (SOEP). Auf Basis des SOEP aus dem Jahr 2012 schätzen Brenke (2014) wie auch Amlinger et al. (2014) den Anteil der Arbeitnehmer, deren Lohn damals unter 8,50 € je Stunde lag, auf 15% der Arbeitnehmer insgesamt.⁴ Das entspricht rund 5,2 Mill. Arbeitnehmern. Dabei zeigt sich, dass Löhne unterhalb des Mindestlohns bei Frauen verbreiteter sind als bei Männern, in Ostdeutschland häufiger vorkommen als in Westdeutschland und bei kleinen Unternehmen eine größere Rolle spielen als bei großen. Aufschlussreich ist die sektorale Aufschlüsselung: Der überwiegende Teil der Bezieher von Stundenlöhnen unter 8,50 € war im Dienstleistungssektor anzutreffen, insbesondere im Einzelhandel, bei den unternehmensnahen Dienstleistungen, im Gesundheits- und Sozialwesen, im Gastgewerbe und im Sektor sonstige Dienstleistungen.⁵ Geringe direkte Wirkungen dürften Mindestlöhne in weiten Teilen der Industrie, im Finanzsektor und in der öffentlichen Verwaltung haben.

Was bedeutet nun die Einführung des Mindestlohns für die Tarif- und die Effektivlöhne? Wahrscheinlich ist, dass sie höher sein werden, als dies ohne Mindestlohn der

⁴ Eine Untersuchung von Falck et. al (2013) bestätigt diesen Anteil aufgrund von Daten der amtlichen Statistik.

⁵ Im Gesundheitswesen ist der Anteil von Beziehern niedriger Löhne an den Beschäftigten insgesamt zwar unterdurchschnittlich. Da der Sektor aber einen hohen Anteil an der Beschäftigung einnimmt, arbeiten dort dennoch über 500 000 Personen, deren Bruttolohn unter 8,50 € liegt.

1. Überblick

Fall wäre. Dabei muss man zwei Effekte unterscheiden. Zum einen bewirkt das Anheben geringer Löhne auf den Mindestlohn für sich genommen einen Lohnanstieg. Zum anderen steigen die Durchschnittslöhne aber auch, wenn ein Teil der Bezieher niedriger Löhne durch die Verteuerung der Arbeitskraft seine Stelle verliert; dann fallen niedrige Löhne gewissermaßen aus der Statistik.

Überträgt man die Ergebnisse des SOEP auf die gesamtwirtschaftliche Ebene, erhält man einen Anteil der Bezieher niedriger Löhne am Arbeitsvolumen von 12% (Tabelle).⁶ Der durchschnittliche Bruttostundenlohn dieser Arbeitnehmer betrug 2012 rund 6,70 €. Hätte man diesen Lohn im Jahr 2012 auf den Mindestlohn angehoben, wäre unter der – sicherlich kaum realistischen – Annahme, dass alle Betroffenen ihren Arbeitsplatz behalten, der gesamtwirtschaftliche Effektivlohn je Stunde um etwa 1% gesiegen und in gleichem Maße hätten die Bruttolöhne und –gehälter zugenommen.

Aufgrund des allgemeinen Lohnanstiegs dürfte der Effekt im Jahr 2015 zwar geringer ausfallen, andere Effekte wirken aber potenziell ebenfalls lohnsteigernd. So könnten Arbeitgeber bestrebt sein, den Lohnabstand zwischen unteren Gehaltsgruppen zu erhalten und deshalb die Löhne jener Arbeitnehmer anheben, die knapp mehr als den Mindestlohn verdienen.⁷ Zudem kann sich der Lohnanstieg bereits im Jahr 2014 bemerkbar machen. So könnten manche Tarifparteien tarifliche Mindestlöhne vereinbaren, um von den Übergangsregelungen profitieren zu können. Darüber hinaus könnten manche Unternehmen wieder unter den Mantel des Tarifvertrages zurückkehren, weil bei einem gesetzlichen Mindestlohn die Vorteile für Arbeitgeber verringern, ohne Tarifbindung zu sein. Außerdem soll auch die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen nach dem Koalitionsvertrag häufiger angewendet werden.

Doch wie sich die Durchschnittslöhne entwickeln, hängt entscheidend von den Beschäftigungswirkungen des Mindestlohns ab. Hierüber besteht Dissens zwischen den Ökonomen. Manche Arbeiten zeigen, dass Mindestlöhne die Beschäftigung unter bestimmten Konstellationen steigen lassen können, etwa wenn dadurch Marktmacht auf der Arbeitgeberseite beseitigt wird.⁸ Neumark/Wascher (2007) fassen die internationale Literatur allerdings dahingehend zusammen, dass die Einführung eines einheitlichen Mindestlohns Arbeitsplätze kosten dürfte. Zu diesem Ergebnis kommt auch

6 Die Rechnung basiert auf der Arbeitsvolumenrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Diese unterscheidet Voll- und Teilzeitbeschäftigte sowie Personen in Nebenbeschäftigung. Die Teilzeitbeschäftigung wurde aufgespalten in ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobs), da hier der Anteil der Niedriglöhne besonders hoch ist, und übrige Teilzeitbeschäftigte. Aufgrund des Anteils der Niedriglöhner im SOEP in diesen vier Beschäftigungsgruppen wird der Anteil von Beziehern von Bruttolöhnen unter 8,50 € am Arbeitsvolumen berechnet.

7 Eine Analyse der Wirkungen des Mindestlohns im Baugewerbe zeigte jedenfalls solche Effekte. Vgl. Apel et al. (2012).

8 Eine kurze Darstellung des Arguments und Hinweise auf entsprechende Arbeiten findet man bei Schöb (2014).

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Bedeutung und Entlohnung von gering Entlohnerten nach Beschäftigungsformen 2012

	Arbeitsvolumen (in Mill. Std.)	Anteil von Arbeitnehmern mit einem Lohn unter 8,50€ (in %)	Brutto-Stundenlohn der gering Entlohnerten (in €)
Vollzeitbeschäftigte	39974	8	6,69
Teilzeitbeschäftigte			
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	1922	58	5,94
andere Teilzeitbeschäftigte	6171	16	6,75
Nebentätigkeiten	712	55	5,28
Insgesamt	48779	12,2 ^a	6,67 ^a

Eigene Berechnungen nach Angaben des IAB und bei Brenke (2014) – ^aGewichtet mit dem Anteil am Arbeitsvolumen.

eine Schätzung für Deutschland (Bauer et al. 2009). Diese zeigt, dass insbesondere im Bereich der geringfügigen Beschäftigung Arbeitsplätze verlorengehen dürften.

Selbst ohne negative Beschäftigungseffekte würden durch den Mindestlohn die Bruttolöhne und -gehälter lediglich um knapp 11 Mrd. €, also um weniger als 1% zunehmen. Die verfügbaren Einkommen würden noch weniger steigen. Zum einen sind auf die Einkommen zumindest teilweise Steuern und Sozialabgaben zu entrichten. Zum anderen erhalten viele Bezieher niedriger Löhne Sozialleistungen wie Wohngeld oder ergänzendes ALG II. Bei höheren Lohneinkommen werden die Ansprüche auf solche Leistungen geringer (Schöb 2014). Dies vermindert die Einkommenswirkungen und zugleich auch die Anreizwirkungen höherer Löhne, auf die sich die Befürworter von Mindestlöhnen berufen. Negativ auf die verfügbaren Einkommen könnte auch wirken, wenn Unternehmen die Überwälzung höherer Lohnkosten am Markt nicht gelingt, da dies die Gewinneinkommen drücken würde.

Werden die höheren Kosten überwälzt, hat dies allerdings Wirkungen auf die Verbraucherpreise. Indirekte Effekte könnten entstehen, wenn steigende Kosten auf der Vorleistungsstufe – etwa für Wach- und Reinigungsdienste – in den Produktpreisen weitergegeben werden. Wie weit es dazu kommt, ist aber schwer abzuschätzen. Direkte Preiswirkungen ergeben sich durch die Verteuerung von Konsumdienstleistungen. Vom Mindestlohn besonders betroffene Güter machen 7,2% des Warenkorb des Verbraucherpreisindex aus.⁹ Verteuern sich diese Güter beispielsweise im Durchschnitt um 5%, erhöht sich das Niveau der Verbraucherpreise um 0,35%.¹⁰

⁹ Dazu gezählt werden hier Dienstleistungen für die Haushaltsführung, Taxifahrten, Kurierdienstleistungen, Dienstleistungen des Gaststätten- und Beherbergungsgewerbes, Friseur- und andere persönliche Dienstleistungen und Dienstleistungen sozialer Einrichtungen.

¹⁰ In diesen Branchen beträgt der Anteil der Bezieher niedriger Löhne im Durchschnitt rund 25%. Multipliziert mit einer durchschnittlichen Erhöhung der Löhne dieses Personenkreises um 38%. Dies bedeutet knapp 10% höhere Lohnkosten. Bei einem Lohnkostenanteil von rund 50% und voller Überwälzung ist ein Preiseffekt von 5% wohl eine realitätsnahe Schätzung.

1. Überblick

Was folgt aus alledem für die Prognose? Im Jahr 2012 bezogen etwa 15% der Arbeitnehmer, die für 12,2% des Arbeitsvolumens stehen, einen Lohn unter dem ab 2015 geltenden Mindestlohn. Bei durchschnittlichen Lohnzuwächsen dürften bis 2015 rund 700 000 Beschäftigte den Niedriglohnbereich verlassen haben, wodurch der Anteil der Betroffenen an den Arbeitnehmern insgesamt auf etwa 12,5% zurückgehen dürfte. Da wahrscheinlich überwiegend Vollzeitbeschäftigte dem Mindestlohn „entwachsen“, da deren Lohn im Allgemeinen näher beim Mindestlohn liegt, dürfte der Anteil der Niedriglohnbezieher am Arbeitsvolumen stärker sinken.

Betrafen Niedriglöhne schon bisher in überdurchschnittlichem Maße geringfügig Beschäftigte, so dürften sie sich 2015 noch stärker auf diesen Personenkreis konzentrieren. Da dessen Lohn im Durchschnitt um etwa 40% steigen muss, um den Mindestlohn zu erreichen, sind hier Folgen für die Beschäftigung wahrscheinlich. In der Prognose ist unterstellt, dass die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 2015 um reichlich 100 000 Personen zurückgeht, was allerdings angesichts der noch ausstehenden Regeln eine reine Setzung ist. Auch bei den anderen Beschäftigtengruppen sind negative Effekte unterstellt, die allerdings den konjunkturbedingt zu erwartenden Beschäftigungsaufschwung lediglich bremsen.

Bei fortgesetzter Belebung der Weltwirtschaft ist für das Jahr 2015 ein Anhalten des Aufschwungs zu erwarten. Bestimmend für das Expansionstempo wird aber voraussichtlich die Binnennachfrage bleiben. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften weiterhin spürbar ausgeweitet werden. Die privaten Konsumausgaben werden durch die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns zwar aufgrund höherer Nettolöhne für sich genommen angeregt. Allerdings dürfte darunter die Beschäftigung leiden, so dass der Nettoeffekt wohl gering sein wird. Das BIP wird 2015 voraussichtlich um 2,1% zunehmen (Tabelle 2).

Der Beschäftigungsanstieg im Inland hat sich im Verlauf des Jahres 2013 beschleunigt. Dies dürfte sich 2014 fortsetzen, so dass sich die Lage am Arbeitsmarkt wohl weiter verbessern wird. Die Zahl der Arbeitslosen wird voraussichtlich weiter sinken, wenn auch nur leicht. Wir erwarten für den Jahresdurchschnitt 2014 eine Arbeitslosenquote von 6,7% nach 6,9% im vergangenen Jahr. Im Verlauf des kommenden Jahres dürfte sich der Beschäftigungsanstieg spürbar verlangsamen, da die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns Arbeit verteuern wird. Bei der Arbeitslosigkeit schlägt dies wohl nur abgeschwächt zu Buche, da Arbeitsplatzverluste insbesondere bei geringfügig Beschäftigten zu erwarten sind, die sich oft nicht als arbeitslos registrieren lassen. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich bei 6,7% im Jahresdurchschnitt bleiben.

Mindestlohn
dürfte Arbeitsmarkt
2015 bremsen

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 2

Gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Deutschland

2013 bis 2015; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2013	2014 ^P	2015 ^P	2014 ^P		2015 ^P	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
Verwendung¹							
Konsumausgaben	0,8	1,4	1,5	1,3	1,5	1,6	1,5
Private Haushalte ²	0,9	1,6	1,7	1,4	1,8	1,8	1,6
Staat	0,7	0,8	1,0	1,2	0,5	0,8	1,2
Anlageinvestitionen	-0,7	4,9	4,7	5,0	4,8	4,4	5,0
Vorratsveränderung ³	-0,1	-0,2	0,0	-0,4	0,1	0,0	0,0
Inlandsnachfrage	0,5	1,9	2,1	1,6	2,2	2,0	2,2
Außenbeitrag ³	0,0	0,1	0,1	0,4	-0,1	0,0	0,2
Exporte	0,8	4,8	6,4	4,6	4,9	5,6	7,1
Importe	0,9	5,2	7,1	4,5	5,9	6,6	7,6
Bruttoinlandsprodukt	0,4	1,9	2,1	1,9	2,0	1,8	2,3
Preise							
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,7	1,7	1,8	1,6	1,7	1,7
Konsumausgaben ²	1,6	1,4	1,4	1,5	1,3	1,3	1,4
Einfuhr	-1,8	-0,6	0,7	-1,3	0,1	0,6	0,8
Einkommensverteilung							
Arbeitnehmerentgelt	2,8	3,1	3,5	3,5	2,8	3,3	3,7
Gewinne ⁴	3,9	6,0	5,6	5,8	6,1	5,0	6,2
Volkseinkommen	3,1	4,1	4,2	4,3	3,9	3,9	4,5
Abgaben ⁵ ./Subventionen	1,2	2,0	2,5	1,9	2,2	2,4	2,6
Nettonationaleinkommen	2,9	3,8	4,0	4,0	3,7	3,7	4,3
Abschreibungen	1,7	2,6	2,9	2,4	2,8	2,9	2,9
Bruttonationaleinkommen	2,7	3,7	3,9	3,7	3,6	3,6	4,1
Entstehung							
Erwerbstätige	0,6	0,8	0,1	0,7	0,9	0,3	-0,1
Arbeitszeit	-0,4	-0,5	0,0	-0,3	-0,8	-0,4	0,5
Arbeitsvolumen	0,2	0,3	0,1	0,5	0,1	-0,1	0,4
Produktivität	0,3	1,6	2,0	1,4	1,9	2,0	2,0
Bruttoinlandsprodukt ¹	0,4	1,9	2,1	1,9	2,0	1,8	2,3
Output-Lücke⁶	-0,4	0,0	0,6				

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Preisbereinigt. - ²Private Haushalte einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten. - ⁴Unternehmens- und Vermögenseinkommen. - ⁵Produktions- und Importabgaben. - ⁶Abweichung des BIP vom potenziellen BIP in % des potenziellen BIP. - ^PEigene Prognose.

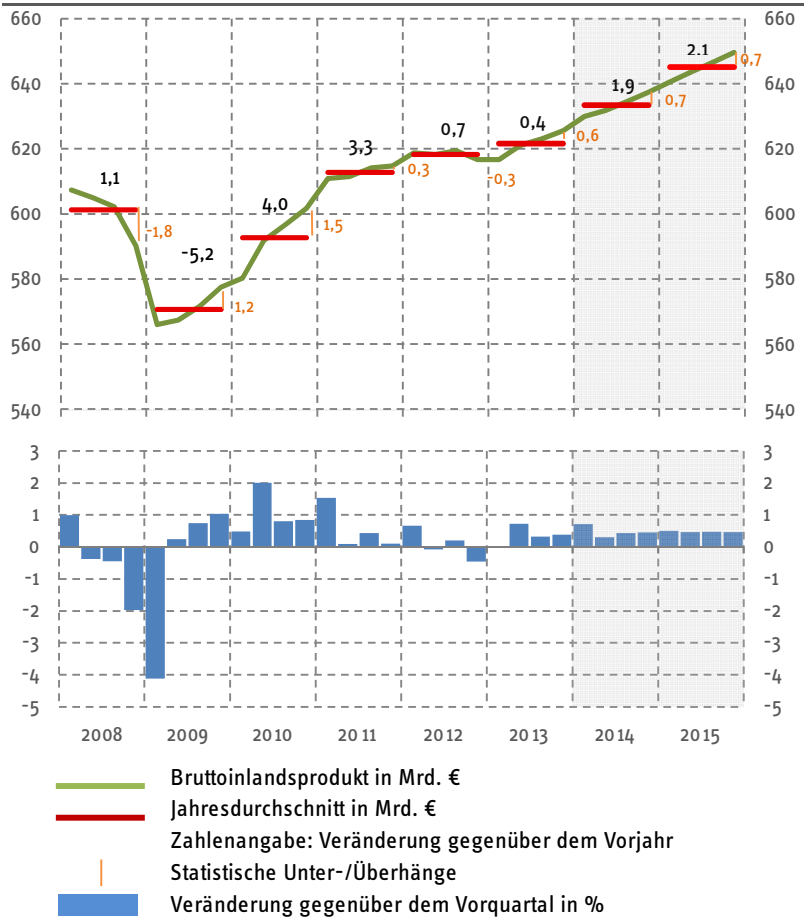
Bei weiter steigender Kapazitätsauslastung und einer voraussichtlich bis zum Ende des Prognosezeitraums expansiv ausgerichteten Geldpolitik ist eine Beschleunigung der Inflation zu erwarten. Dazu dürfte auch beitragen, dass sich die gestiege-

1. Überblick

nen Immobilienpreise in höheren Mieten niederschlagen. Zudem dürften sich im kommenden Jahr einige Haushaltsdienstleistungen aufgrund des Mindestlohns verteuern. Die Inflationsrate bleibt aber mit voraussichtlich 1,2% in diesem und 1,6% im kommenden Jahr in langfristiger Perspektive moderat.

In diesem Jahr dürften sich die *terms of trade* noch einmal merklich verbessern, während für 2015 ein nahezu unverändertes Austauschverhältnis erwartet wird. Der

Schaubild 3
Bruttoinlandsprodukt in Deutschland
 2008 bis 2015; real, saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Deflator des BIP wird daher in beiden Jahren um 1,7% steigen. Für das nominale BIP ergibt sich damit ein Anstieg um 3,7% in diesem und um 3,9% im kommenden Jahr.

Staatshaushalt
bleibt im Plus

Die öffentlichen Haushalte schlossen das Jahr 2013 mit einem leichten Überschuss ab. Im Prognosezeitraum dürfte sich die Finanzlage des Staates weiter verbessern. Zwar ist die Finanzpolitik leicht expansiv ausgerichtet, doch gleichen die konjunkturbedingten Mehreinnahmen und die Entlastungen beim Schuldendienst dies mehr als aus. Nach einem abermals ausgeglichenen Haushalt in diesem Jahr dürfte 2015 ein Überschuss von reichlich 8 Mrd. € erzielt werden.

1.4 Unsicherheit und Risiken

Ausgehend vom gegenwärtigen Informationsstand stellt die vorliegende Prognose die von uns für am wahrscheinlichsten gehaltene Entwicklung der deutschen Volkswirtschaft in diesem und im kommenden Jahr dar. Allerdings wird sie aus zahlreichen Annahmen abgeleitet, deren Eintreten keineswegs gesichert ist. Auch geht sie von Daten aus, die selbst revisionsanfällig sind. Daher sind Prognosen mit Unsicherheiten behaftet, die wir seit einigen Jahren durch die Veröffentlichung von Prognoseintervallen veranschaulichen. Diese werden aus den Fehlern der früheren Prognosen abgeleitet. Die Breite dieser Prognoseintervalle nimmt erfahrungsgemäß mit dem Prognosehorizont zu. Das 50%-Intervall umfasst für 2014 einen Bereich, der Zuwachsraten des realen BIP zwischen 1,2% und 2,6% abdeckt. Für 2015 ergibt sich ein 50%-Intervall, das von 0,6% bis 3,6% reicht (Schaubild 4).

Wirkungen des
Mindestlohns
sind unsicher

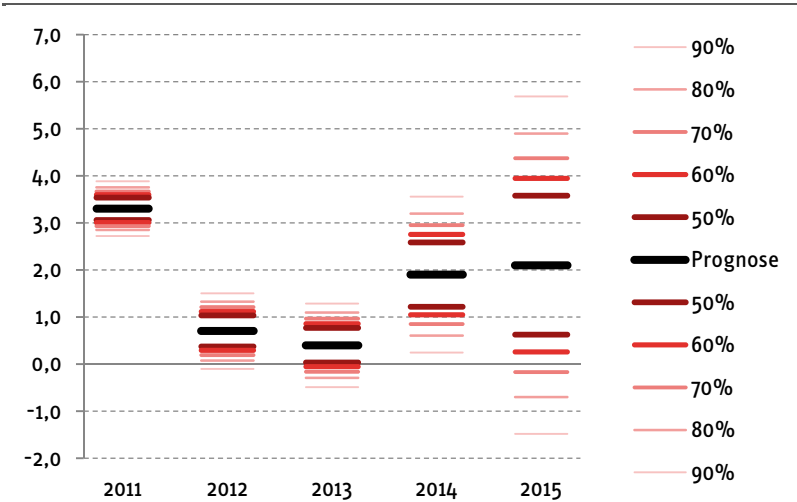
Über diese allgemeine Unsicherheit hinausgehend ergeben sich stets Risiken aus spezifischen Annahmen der jeweiligen Prognose. Bedeutsam für die vorliegende Prognose sind die Wirkungen der Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohns zum 1. Januar 2015. Die Umsetzung dieser ordnungspolitischen Weichenstellung in die vorliegende Prognose ist in Kasten 2 erläutert. Da allerdings weder Erfahrungen mit einem deutschlandweit einheitlichen Mindestlohn vorliegen, noch die genaue Umsetzung der Vereinbarung des Koalitionsvertrags bekannt ist, können sich die hier getroffenen Annahmen als zu pessimistisch, aber auch als deutlich zu optimistisch herausstellen. Simulationsrechnungen für Deutschland zeigen, dass die durch einen Mindestlohn in der zur Debatte stehenden Höhe induzierten Arbeitsplatzverluste deutlich größer sein können als hier unterstellt (Bauer et al. 2009).

Anfällig ist die deutsche Wirtschaft aufgrund ihrer hohen Exportquote stets für Störungen im internationalen Raum. In der vorliegenden Prognose ist unterstellt, dass die Konflikte in der Ukraine auf diplomatischem Wege gelöst werden. Eskaliert

1. Überblick

Schaubild 4

Prognose- und Revisionsintervalle für das BIP
2011 bis 2015; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %



Eigene Berechnungen. Bis 2013: Revisionsintervall. Zur Methodik vgl. Döhrn et al. (2007): 44-45; (2010): 60-61 und Fußnote 10; Döhrn et al. (2011b): 65.

die Lage indes, und werden beispielsweise von Russland und der EU gegenseitig Handelssanktionen verhängt, könnte dies die deutsche Wirtschaft hart treffen. Probleme dürften dabei weniger aus Einschränkungen bei den Exporten nach Russland resultieren, die 3,3% der deutschen Ausfuhren ausmachen, sondern vielmehr aus der Abhängigkeit Deutschlands von Erdgaslieferungen aus Russland.

2. Die Verwendungskomponenten

2.1 Nur geringe Impulse vom Außenbeitrag

Der Außenhandel leistete im Jahr 2013 keinen Beitrag zur wirtschaftlichen Expansion. Dabei schwächte sich sowohl die Zunahme der Exporte als auch die der Importe nochmals deutlich gegenüber dem Vorjahr ab; sie legten im Jahresdurchschnitt nur um 0,8% bzw. 0,9% zu. Im Schlussquartal war der Wachstumsbeitrag des Außenhandels allerdings überraschend hoch; die Exporte stiegen um 2,7% und damit deutlich kräftiger als die Importe, die sich lediglich um 0,6% erhöhten.

Nur geringe
Zunahme des
Außenhandels

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Exportanstieg
dürfte verhalten
bleiben

Die Frage ist, ob die zuletzt steigenden Nettoexporte darauf hinweisen, dass die Außenwirtschaft im Prognosezeitraum wieder einen stärkeren Expansionsbeitrag leisten wird. Dafür spricht, dass der Exportaufschwung auf einer recht breiten Basis steht. So legten zuletzt sowohl die Lieferungen in die USA als auch in die asiatischen Schwellenländer und in die OPEC-Staaten nach einem schwachen dritten Quartal wieder deutlich zu. Lediglich die Ausfuhren in den Euro-Raum verlangsamten sich zuletzt wieder merklich. Dagegen spricht aber, dass die schwachen Importe vor allem auf einen kräftigen Rückgang der Energieeinfuhren zurückzuführen sind, da aufgrund des warmen Winters offensichtlich weniger Energie in Deutschland benötigt wurde. Ohne Berücksichtigung der Energieeinfuhren war der Anstieg der Importe deutlich kräftiger. Im Übrigen war die Entwicklung der Exporte 2013 insgesamt recht unet, sodass ein einzelnes kräftiges Quartal nicht unbedingt auf eine nachhaltig stärkere Dynamik schließen lässt.

Im laufenden Quartal dürften die Exporte mit 0,2% nur leicht zulegen. Darauf deuten der Spezialhandel und die nur wenig gestiegenen Auftragseingänge hin. Im weiteren Verlauf des Jahres dürften die Exporte mit den guten Aussichten in den USA und einer langsamen aber kontinuierlichen Erholung im Euro-Raum leicht anziehen. Im kommenden Jahr werden die Ausfuhren wohl wieder etwas kräftiger zulegen, auch weil wieder verstärkt Impulse aus den Schwellenländern kommen dürften und der Euro-Raum sich weiter erholt. Gebremst werden die Exporte wohl im gesamten Prognosezeitraum durch die Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit. Zum einen dürfte sich die reale Aufwertung um 2,1%¹¹ im vergangenen Jahr zunehmend in den Exporten niederschlagen. Zum anderen wird wohl unsere hier unterstellte globale Inflationsprognose für eine Dämpfung der Exporte sorgen. Insgesamt rechnen wir mit einer Zunahme der Exporte um 4,8% in diesem und um 6,4% im kommenden Jahr.

Leicht positiver
Wachstumsbeitrag
des Außenbeitrags

Bei den Einfuhren zeichnet sich im ersten Quartal basierend auf den Zahlen des Spezialhandels ein kräftigerer Anstieg als bei den Ausfuhren ab, sie dürften um 1,4% steigen. Im Verlauf von 2014 werden die Importe wohl weiter deutlich zulegen. Getrieben werden dürften sie insbesondere von dem Aufschwung bei den Ausrüstungsinvestitionen, die einen hohen Importgehalt aufweisen (Döhrn 2013). Im kommenden Jahr werden die Importe wohl aufgrund der anhaltend hohen Binnen- nachfrage und mit sich verbessernden Exportaussichten deutlich zulegen. Für 2014 erwarten wir eine Zunahme um 5,2%, im kommenden Jahre dürften die Einfuhren um 7,1% zulegen. Damit dürfte der Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags in diesem und im kommenden Jahr leicht positiv ausfallen.

11 Hier wird der Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 37 Ländern auf Basis der Verbraucherpreise zugrunde gelegt.

2. Die Verwendungskomponenten

Tabelle 3

Beitrag der Verwendungskomponenten¹ zum Wachstum des BIP

2009 bis 2015; in %-Punkten

	2009	2010	2011	2012	2013	2014 ^p	2015 ^p
Inlandsnachfrage	-2,2	2,3	2,6	-0,3	0,4	1,8	2,0
Konsumausgaben	0,7	0,9	1,5	0,6	0,6	1,1	1,2
Private Haushalte	0,1	0,6	1,3	0,4	0,5	0,9	1,0
Staat	0,6	0,3	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2
Anlageinvestitionen	-2,2	1,0	1,2	-0,4	-0,1	0,8	0,8
Ausrüstungen	-1,8	0,7	0,4	-0,3	-0,2	0,3	0,5
Bauten	-0,3	0,3	0,7	-0,1	0,0	0,5	0,3
Sonstige	0,0	0,0	0,1	0,0	0,0	0,1	0,0
Vorratsveränderung	-0,6	0,4	-0,1	-0,5	-0,1	-0,2	0,0
Außenbeitrag	-3,0	1,7	0,7	0,9	0,0	0,1	0,1
Exporte	-6,3	6,4	3,8	1,6	0,4	2,4	3,3
Importe	3,3	-4,7	-3,1	-0,7	-0,4	-2,3	-3,2
BIP²	-5,1	4,0	3,3	0,7	0,4	1,9	2,1

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Lundberg-Komponenten berechnet unter Verwendung der Vorjahrespreise. - ²Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.- ^pEigene Prognose.

Die *terms of trade* haben sich 2013 deutlich verbessert. Zwar gingen die Ausfuhrpreise leicht zurück, noch stärker verbilligten sich jedoch die Einfuhren, vor allem aufgrund rückläufiger Energiepreise, aber wohl auch wegen sinkender Produktionskosten im übrigen Euro-Raum. Zu Beginn dieses Jahres dürfte sich der Rückgang der Einfuhrpreise fortgesetzt haben, während die Ausfuhrpreise sich wohl nicht verändert haben. Im weiteren Verlauf dürften sowohl die Export- als auch die Importpreise wieder etwas anziehen, da mit der sich im In- und im Ausland bessernden Konjunktur wieder höhere Preise durchgesetzt werden können. Im Jahresdurchschnitt 2014 dürften die Einfuhrpreise gleichwohl aufgrund des statistischen Unterhangs um 0,6% sinken, während sich die Ausfuhrpreise wohl nicht verändern werden; die *terms of trade* dürften sich folglich abermals merklich verbessern. Für das kommende Jahr rechnen wir mit einer nur noch leichten Verbesserung der *terms of trade*.

terms of trade
2013 deutlich
verbessert

2.2. Aufschwung bei den Unternehmensinvestitionen gewinnt an Kraft

Die Unternehmensinvestitionen gingen im vergangenen Jahr um 1,7% zurück. Dieser Rückgang ist jedoch in erster Linie Spiegelbild der schwachen Investitionstätigkeit in der ersten Jahreshälfte. In der zweiten Jahreshälfte 2013 weiteten die Unternehmen zum ersten Mal seit Ende 2011 ihre Investitionen wieder aus, und zwar um

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

0,2% im dritten und um 1,1% im vierten Quartal 2013. Dazu trug insbesondere ein deutlicher Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen bei. Im vierten Quartal legt aber auch der Wirtschaftsbau mit 0,6% leicht zu.

In den kommenden Monaten dürfte sich die Investitionstätigkeit weiter beleben. Die politischen Risiken im Euro-Raum haben in den vergangenen Monaten weiter abgenommen, was sich an Finanzmarktindikatoren (etwa den Renditeunterschieden europäischer Staatsanleihen), aber auch am *European Policy Uncertainty Index* ablesen lässt. Auch die Stimmungskennzahlen signalisieren eine weiterhin kräftige Ausweitung der Unternehmensinvestitionen. So stieg der ifo Geschäftsklimaindex im Februar auf ein Zweijahreshoch, wobei sich zuletzt insbesondere die Beurteilung der Geschäftslage verbesserte. Auch die Auftragseingänge legen eine Ausweitung der Unternehmensinvestitionen in den kommenden Monaten nahe. Gegen eine überschäumende Investitionskonjunktur spricht aber die recht verhaltene Zunahme der Inlandsaufträge für Investitionsgüter. Im Wirtschaftsbau ist die Auftragslage gut. Überlagert werden dürfte die konjunkturelle Grundtendenz hier durch die im ersten Quartal außergewöhnlich milde Witterung, die erfahrungsgemäß von den Saisonbereinigungsverfahren nur unzureichend erfasst werden kann. Deshalb könnte auf einen außerordentlich starken Zuwachs im ersten ein Minus im zweiten Quartal folgen, das eine rein technische Gegenreaktion darstellt.

Für den weiteren Verlauf des Prognosezeitraums ist eine kräftige Expansion der Investitionstätigkeit der Unternehmen zu erwarten. Hierzu beitragen dürften eine

Gutes Geschäftsklima
spricht für
Investitions-
aufschwung

Tabelle 4

Anlageinvestitionen in Deutschland

2013 bis 2015; Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %

	Anteile ¹	2013	2014 ^P	2015 ^P
Anlageinvestitionen insgesamt	100,0	-0,7	4,9	4,7
Ausrüstungen	36,2	-2,4	5,5	7,4
sonstige Anlagen	6,3	3,0	4,9	4,3
Bauinvestitionen insgesamt	57,5	0,1	4,6	3,1
Wohnbauten	33,7	0,8	4,6	3,2
Nichtwohnbauten	23,8	-0,8	4,5	2,9
gewerbliche Bauten	16,8	-1,8	2,7	3,2
öffentliche Bauten	7,0	1,7	8,9	2,0
nachrichtlich:				
Unternehmensinvestitionen	60,0	-1,7	4,6	5,9

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Anteile des Jahres 2013 am den nominalen Investitionen in %. – ^PEigene Prognose.

2. Die Verwendungskomponenten

zunehmende Kapazitätsauslastung und die weiterhin vorteilhaften Kreditkonditionen. Sie schlagen sich insbesondere in einer kräftigen Zunahme der Ausrüstungsinvestitionen nieder. Dabei dürften auch Investitionen nachgeholt werden, die aufgrund der erhöhten Unsicherheit der vergangenen Quartale aufgeschoben wurden. Zudem liegt das Volumen der Ausrüstungsinvestitionen immer noch deutlich unterhalb des Vorkrisenniveaus, trotz historisch niedriger Zinsen und der vergleichsweise deutlich gestiegenen Arbeitskosten.

Die Expansion der Bauinvestitionen dürfte sich im Prognosezeitraum hingegen leicht abschwächen. Zwar erfordern Ausrüstungsinvestitionen häufig auch Baumaßnahmen. Dieser Zusammenhang ist allerdings nicht mehr so eng wie noch vor einigen Jahren. Zudem dürfte die Baubranche bei einem im längerfristigen Vergleich hohen Auslastungsgrad an Kapazitätsgrenzen stoßen, was steigende Preise in diesem Segment erwarten lässt.

Für den Prognosezeitraum erwarten wir einen kräftigen Anstieg der Unternehmensinvestitionen um 4,6% in 2014 und 5,9% in 2015. Dabei dürften insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen deutlich ausgeweitet werden (2014: 5,5%; 2015: 7,4%). Die Investitionen im Wirtschaftsbau werden sich aufgrund des statistischen Unterhangs in diesem Jahr voraussichtlich nur um 2,7% erhöhen. Im kommenden Jahr dürfte die Zunahme bei 3,2% liegen, wobei die laufende Rate leicht schwächer ausfällt.

Anstieg der
Bauinvestitionen
verlangsamt sich

2.3 Kräftige Einkommenszuwächse stimulieren Nachfrage der Privaten Haushalte

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte sind im vergangenen Jahr um 2,4% gestiegen, und damit geringfügig schwächer als im Jahr davor. Zwar hat sich die Zunahme der Nettolöhne deutlich verlangsamt, wohl in erster Linie weil in geringerem Maße Zulagen und Einmalzahlungen geleistet wurden. Allerdings erhöhten sich die Gewinneinkommen und die monetären Sozialleistungen etwas kräftiger als zuletzt (Tabelle 5).

Für den Prognosezeitraum ist ein beschleunigter Anstieg der verfügbaren Einkommen zu erwarten. Einerseits dürfte sich der Anstieg der Nettolöhne und -gehälter nochmals etwas verlangsamen, weil bei leicht beschleunigtem Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter die Belastung mit Steuern und Sozialabgaben zunimmt. Dazu tragen sowohl die kalte Progression als auch die Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenzen in der Sozialversicherung bei; außerdem wird 2015 der Beitrag zur Pflegeversicherung steigen. Mit sich verbessernder Gewinnsituation der Unternehmen dürften aber mehr Gewinne entnommen werden. Zudem ist ein beschleunigter Anstieg der monetären Sozialleistungen zu erwarten: Die Bundesregierung

Verfügbares Ein-
kommen langsamer
gestiegen

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Renten steigen
ab 2014 wieder
stärker

hat Leistungsausweitungen in der Rentenversicherung ab dem 1. Juli 2014 angekündigt. Zudem dürften die Altersrenten stärker steigen als in den vergangenen Jahren. Die früher unterbliebenen Rentenkürzungen, die den Rentenanstieg im vergangenen Jahr noch dämpften, sind nun nachgeholt, und der Riesterfaktor dürfte 2014 steigernd wirken. Damit dürfte die Rentenanpassung in etwa dem Anstieg der Pro-Kopf-Löhne im Vorjahr entsprechen. Alles in allem werden die verfügbaren Einkommen in den Jahren 2014 und 2015 voraussichtlich um 2,7 bzw. 3,1% zunehmen. Bei dem erwarteten weiterhin geringen Preisauftrieb dürften sich so die Realeinkommen spürbar erhöhen.

Damit sind die Voraussetzungen gegeben für eine weiterhin deutliche Ausweitung der Konsumnachfrage der privaten Haushalte wie auch der privaten Wohnungsbauinvestitionen. Im vergangenen Jahr waren beide Verwendungskategorien im Jahresdurchschnitt mit etwa gleichen Raten gestiegen, wobei sich die Konsumausgaben im Jahresverlauf sehr unstet entwickelten, während die Wohnungsbauinvestitionen nach einem auch witterungsbedingt schwachen Winterhalbjahr 2012/13 recht kräftig expandierten. Dabei ging die Sparquote leicht zurück, was dafür spricht, dass bei niedrigen Hypothekenzinsen einerseits und schwachen Renditen von Sparanlagen andererseits Investitionen in Wohneigentum eine attraktive Alternative zu Anlagen in Geldkapital waren. Für den Prognosezeitraum erwarten wir zwar keinen

Tabelle 5

Privater Konsum und verfügbare Einkommen

2011 bis 2015; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2011	2012	2013	2014 ^P	2015 ^P
Konsumausgaben, real	2,3	0,8	0,9	1,6	1,7
Sparquote (in %)	10,4	10,3	10,0	10,0	10,0
Verfügbare Einkommen	3,8	2,3	2,4	2,8	3,1
darunter:					
Nettolohneinkommen	3,8	3,9	2,8	2,9	2,5
Kapitaleinkommen	6,5	1,5	1,9	2,3	3,3
Transfereinkommen	-0,8	1,2	2,2	2,8	3,3
nachrichtlich:					
Bruttolöhne und -gehälter ¹	4,7	4,2	3,0	3,2	3,4
Konsumdeflator	2,1	1,6	1,6	1,4	1,4
Verfügbare Realeinkommen	1,7	0,7	0,8	1,4	1,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Im Inland. - ^PEigene Prognose.

2. Die Verwendungskomponenten

weiteren Rückgang der Sparquote, ansonsten dürften sich aber die Tendenzen des Vorjahres fortsetzen.

fi Bei den privaten Konsumausgaben deuten die Indikatoren auf eine recht deutliche Zunahme zu Jahresbeginn 2014 an. Die Einzelhandelsumsätze stiegen im Januar merklich, die Pkw-Neuzulassungen wurden kräftig ausgeweitet und der auf Internetanfragen basierende RWI-Konsumindikator deutet ebenfalls auf eine höhere Konsumdynamik hin. Im weiteren Prognosezeitraums dürften die kräftigen Raten des ersten Halbjahrs zwar nicht ganz gehalten werden, allerdings dürfte angesichts der skizzierten Einkommensentwicklung, der weiterhin niedrigen Finanzierungskosten und der stabilen Beschäftigungsaussichten der private Konsum mit im längerfristigen Vergleich ansehnlichen Raten zunehmen. Für den Jahresdurchschnitt erwarten wir eine Ausweitung um 1,6% in diesem und 1,7% im kommenden Jahr.

Hohe Dynamik
des privaten
Konsums

fi Auch bei den Wohnbauinvestitionen deuten die aktuellen Indikatoren auf eine weitere Zunahme hin. So sind die Auftragsgänge sowie die Baugenehmigungen und die Umsätze im Wohnungsbau überdurchschnittlich hoch. Auch hier dürfte allerdings die außergewöhnlich milde Witterung die konjunkturelle Grundtendenz überlagern. Für das erste Quartal 2014 ist ein deutlicher Anstieg, für das zweite ein Rückgang zu erwarten. Im Verlauf des Prognosezeitraums dürfte sich die Zunahme der Wohnungsbauinvestitionen etwas verlangsamen. Zwar wird die Nachfrage angesichts günstiger Finanzierungsbedingungen, steigender Realeinkommen und niedriger Arbeitslosigkeit hoch bleiben. Allerdings dürften die Finanzierungskosten im Prognosezeitraum etwas anziehen und sich die steigende Auslastung der Kapazitäten im Baugewerbe zunehmend in höheren Baupreisen niederschlagen. Insgesamt erwarten wir einen kräftigen Anstieg der Wohnbauinvestitionen von 4,6% in diesem und eine leicht schwächere Zunahme von 3,2% im kommenden Jahr.

Wohnungsbau
bleibt kräftig

Alles in allem dürften die privaten Haushalte im Prognosezeitraum einen spürbaren Beitrag zur Expansion der Inlandsnachfrage leisten. Der Finanzierungssaldo des Sektors dürfte dabei sowohl in Relation zum verfügbaren Einkommen als auch absolut weiter abnehmen (Tabelle „Hauptaggregate der Sektoren“ im Anhang).

3. Produktion und Arbeitsmarkt

3.1 Produktionsanstieg setzt sich fort

Der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion hat sich zum Jahresende 2013 deutlich beschleunigt. Maßgeblich hierfür waren das Verarbeitende Gewerbe und die Bauwirtschaft. Von deren Expansion profitierte auch der Bereich „Handel, Ver-

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

kehr, Gastgewerbe“, während die Wertschöpfung in den anderen Dienstleistungssektoren eher verhalten expandierte.

Milde Witterung lässt BIP im ersten Quartal kräftiger zunehmen

Im ersten Quartal dürfte sich der Produktionsanstieg beschleunigen. Treibende Kraft ist wohl das Baugewerbe. Darauf weist jedenfalls der Produktionsindex für den Januar hin, der 5,9% höher war als der Durchschnitt des vierten Quartals 2013. Allerdings ist zu vermuten, dass die konjunkturelle Grundtendenz von den Folgen der in weiten Teilen Deutschlands sehr milden Witterung überlagert wird, aufgrund derer es kaum zu winterbedingten Produktionsausfällen kam. Im Verarbeitenden Gewerbe legte die Produktion im Januar nach einem außerordentlich kräftigen Anstieg gegen Jahresende 2013 nur verhalten zu. Dies könnte auch im Februar so bleiben, denn die Produktion von Rohstahl, einem wichtigen Vorprodukt der Fahrzeugindustrie und des Maschinenbaus, sank im Januar und Februar saisonbereinigt gegenüber einem sehr guten Dezember. Gesunken sein dürfte aufgrund der milden Witterung die Wertschöpfung der Energiewirtschaft. Für das erste Quartal erwarten wir einen Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 0,7% (Tabelle 6).

Tabelle 6

Bruttoinlandsprodukt und Wertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen¹

2013 bis 2014; Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2013		2014 ^P			
	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal
Bruttoinlandsprodukt	0,3	0,4	0,7	0,3	0,4	0,5
Darunter:						
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche darunter	0,4	0,7	0,5	0,4	0,4	0,6
Verarbeitendes Gewerbe	0,2	1,7	1,2	0,7	0,8	1,1
Energie- und Wasserversorgung	4,2	-3,4	-0,7	0,3	0,2	0,2
Baugewerbe	1,4	2,5	1,8	-0,3	0,6	0,5
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	-0,4	0,9	0,9	0,6	0,6	0,6
Information und Kommunikation	1,1	0,6	0,2	0,3	0,2	0,3
Finanz- und Versicherungsdienstl.	1,2	-0,4	0,2	0,2	0,2	0,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,5	0,1	0,4	0,5	0,5	0,6
Unternehmensdienstleister	0,9	0,4	1,0	0,5	0,4	0,7
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	0,0	0,6	0,4	0,1	-0,2	0,0
Sonstige Dienstleister	-0,3	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. – ¹Saison- und arbeitstäglich bereinigt. – ^PEigene Prognose.

3. Produktion und Arbeitsmarkt

Für das zweite Quartal ist allerdings eine Gegenreaktion bei der Bauproduktion zu erwarten, weil nach einem milden Winter der übliche Frühjahrsaufschwung in der Bauwirtschaft ausbleibt, was die Saisonbereinigungsverfahren als Produktionsrückgang ausweisen. Aufwärts gerichtet bleiben wird wohl, legt man die weiter gestiegenen Auftragseingänge zu Grunde, die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe. Die lebhaftere Konsumnachfrage dürfte die Produktion in konsumnahen Dienstleistungsbereichen zunehmen lassen. Insgesamt wird das BIP voraussichtlich um 0,3% expandieren.

Produktion im
Verarbeitenden
Gewerbe
wieder stärker

Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die Konjunktur aufwärts gerichtet bleiben. Die Erzeugung im Verarbeitenden Gewerbe wird bei steigenden Investitionen und Exporten wohl rascher ausgeweitet, was auch auf die Unternehmensdienstleistungen ausstrahlen dürfte. Der Anstieg der Bauproduktion wird sich voraussichtlich etwas abflachen, auch weil bei der hohen Kapazitätsauslastung die Baupreise verstärkt steigen dürften. Alles in allem erwarten wir einen Anstieg des BIP um 1,9% (arbeitstäglich bereinigt: 1,9%) in diesem und 2,1% (arbeitstäglich bereinigt 1,9) im kommenden Jahr.

3.2. Mindestlohn dämpft Beschäftigungsanstieg

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich zu Beginn des Jahres 2014 weiter verbessert. Die Erwerbstätigkeit nahm beschleunigt zu und die Arbeitslosigkeit sank im Februar saisonbereinigt auf den niedrigsten Stand seit September 2012. Dazu dürfte zwar auch das milde Wetter beigetragen haben, was erwarten lässt, dass der Frühjahrsaufschwung schwach sein wird. Da allerdings die Zahl der Offenen Stellen inzwischen ebenfalls wieder steigt, dürfte die Belegung am Arbeitsmarkt deutlich über einen reinen Witterungseffekt hinausgehen und vorwiegend konjunkturelle Gründe haben.

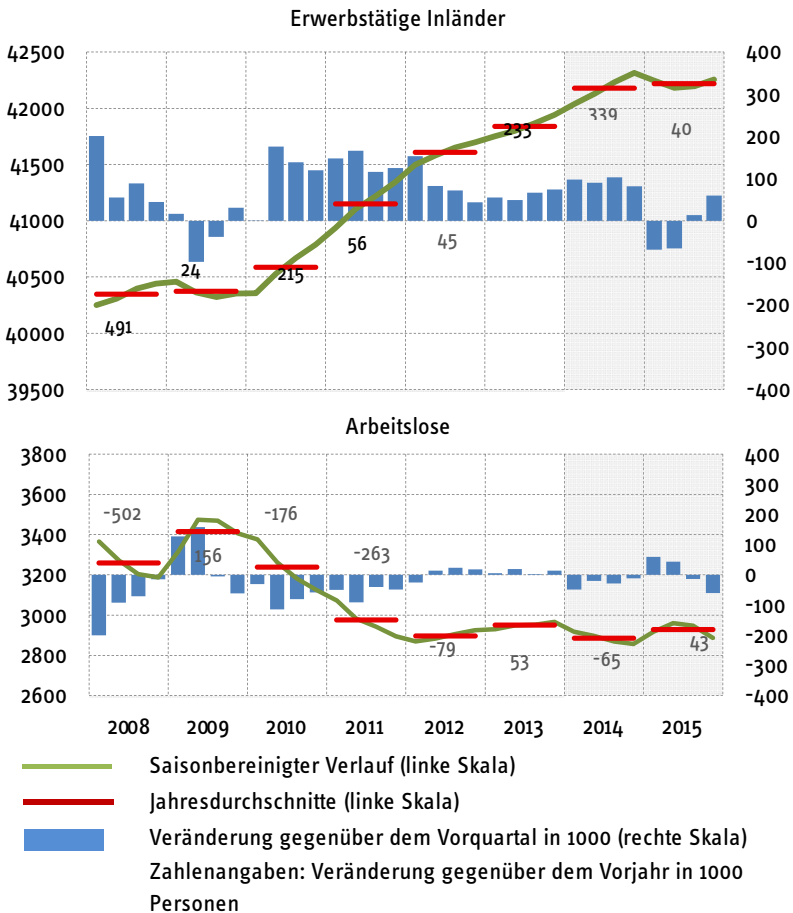
Getragen wurde der Beschäftigungsaufbau im vergangenen Jahr von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, während die Zahl der ausschließlich geringfügig Beschäftigten mehr oder weniger stagnierte. Allerdings wurden im Verlauf von 2013 doppelt so viele Teilzeit- wie Vollzeitstellen geschaffen. Der Beschäftigungsaufbau erstreckt sich über alle Branchen. Den größten Zuwachs verzeichnete erneut das Gesundheits- und Sozialwesen. Auch in den anderen Dienstleistungssektoren wuchs die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überdurchschnittlich. Nur wenige Stellen wurden im Verarbeitenden Gewerbe geschaffen.

Vermerkt
Teilzeitstellen
geschaffen

Zwischen Mitte 2011 und Herbst 2013 waren in Deutschland Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit gestiegen. In dieser Zeit rekrutierten die Unternehmen allem

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Schaubild 5
Erwerbstätige und Arbeitslose
 2008 bis 2015; saisonbereinigter Verlauf in 1000 Personen



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und der Bundesagentur für Arbeit.

Anschein nach einen großen Teil ihrer zusätzlichen Beschäftigten aus dem Kreis der Zuwanderer, die vermehrt nach Deutschland kamen, oder aus der Stillen Reserve. Dass sich nun Arbeitslosigkeit und Beschäftigung gegenläufig entwickeln, könnte darauf hindeuten, dass diese Beschäftigungspotenziale ausgeschöpft sind, bzw. die Zuwanderung nachlässt. Die Unternehmen stellen jedenfalls vermehrt wieder vor-

3. Produktion und Arbeitsmarkt

mals als arbeitslos gemeldete Personen ein. Dabei dürfte es sich zum Teil um solche Personen handeln, die bisher als Arbeitslose einer geringfügigen Beschäftigung nachgingen. Die Zahl der Erwerbslosen, die diese geringfügig Beschäftigten nicht enthält, ging nämlich in den vergangenen Jahren kontinuierlich zurück.

Tabelle 7

Arbeitsmarktbilanz

2009 bis 2015; Jahresdurchschnitt in 1 000 Personen

	2009	2010	2011	2012	2013	2014 ^P	2015 ^P
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	55.787	57.004	57.835	57.973	58.071	58.231	58.311
Erwerbstätige Inland	40.372	40.587	41.152	41.608	41.841	42.180	42.220
Erwerbstätige Inländer	40.324	40.547	41.101	41.545	41.777	42.120	42.160
Selbständige	4.471	4.476	4.548	4.548	4.503	4.515	4.532
darunter:							
Förderung d.Selbständigkeit ¹	145	154	136	77	27	28	27
Arbeitnehmer	35.901	36.111	36.604	37.060	37.338	37.665	37.688
darunter:							
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27.493	27.757	28.440	28.991	29.371	29.803	29.866
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte	4.905	4.883	4.865	4.805	4.795	4.812	4.692
Unterbeschäftigte (ohne Kurzarbeiter)	4.945	4.747	4.212	3.927	3.901	3.833	3.834
darunter:							
Registrierte Arbeitslose	3.415	3.239	2.976	2.897	2.950	2.885	2.930
Aktivierung und berufliche Eingliederung	163	224	161	144	161	164	167
Berufliche Weiterbildung	228	215	178	148	156	163	170
„Ein-Euro-Jobs“	322	306	188	137	111	99	96
Gründungszuschuss	126	144	128	69	19	25	25
Kurzarbeiter	1.144	503	148	112	121	72	72
Unterbeschäftigte (einschl. Kurzarbeiter)	5.234	4.869	4.206	3.933	3.949	3.859	3.860
nachrichtlich:							
Arbeitslosenquote ³	8,1	7,7	7,1	6,8	6,9	6,7	6,7
Erwerbslosenquote ⁴	7,4	6,8	5,7	5,3	5,1	4,8	4,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes, der Bundesagentur für Arbeit und des IAB. - ¹Überbrückungsgeld, Existenzgründungszuschuss, Einstiegs-geld, Gründung-zuschuss. - ²Vollzeitäquivalente. - ³Abgrenzung der Bundesagentur für Arbeit; bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen. - ⁴Abgrenzung der International Labour Organization; bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen. - ^PEigene Prognose, Angaben gerundet.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Arbeitslosigkeit
wird 2014 weiter
sinken

Im Prognosezeitraum wird bei der von uns erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung die Arbeitsnachfrage – gemessen am Arbeitsvolumen – voraussichtlich weiter steigen. Für den Jahresdurchschnitt 2014 prognostizieren wir eine Zunahme um 0,3%; im kommenden Jahr dürfte sich der Anstieg aufgrund der durch die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns steigenden Arbeitskosten auf reichlich 0,1% verlangsamen. Im Verlauf dieses Jahres dürfte dabei die Zahl der Erwerbstätigen um knapp 400 000 zulegen (Schaubild 5). Die Arbeitslosigkeit wird dabei um voraussichtlich rund 100 000 zurückgehen. Es werden also weiterhin viele der zusätzlichen Arbeitskräfte aus der Stillen Reserve und dem Kreis der Zuwanderer rekrutiert, auch wenn hier unterstellt ist, dass die Zuwanderung geringer wird. Der Beschäftigungsaufbau betrifft wohl vor allem sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Bei einer weiter wachsenden Teilzeitquote dürfte aber die Arbeitszeit je Erwerbstätigen abnehmen.

Mindestlohn
verteuert
einfache Arbeit

Im kommenden Jahr dürfte sich aufgrund der angekündigten Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns nicht nur der Anstieg der Arbeitsnachfrage verlangsamen, sondern es ist auch eine geänderte Struktur der Arbeitsmarktentwicklung zu erwarten. Da der Mindestlohn insbesondere einfache Arbeit verteuert, die häufig von geringfügig Beschäftigten ausgeführt wird, gehen wir in unserer Prognose von einem Rückgang der ausschließlich geringfügigen Beschäftigung um reichlich 150 000 im Jahresverlauf aus. Vorübergehend dürften auch sozialversicherungspflichtige Stellen verloren gehen, jedoch wird deren Zahl im Jahresverlauf voraussichtlich wieder zunehmen, so dass im Jahresdurchschnitt ein kleiner Zuwachs zu verzeichnen sein wird. Die sich so ändernde Relation von geringfügiger zu sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung findet ihren Niederschlag in einem Anstieg der Arbeitszeit je Beschäftigten. Da wohl ein großer Teil der geringfügig Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz verlieren, sich nicht als arbeitslos melden wird, nimmt die registrierte Arbeitslosigkeit wahrscheinlich nur in geringem Umfang und vorübergehend zu. Im Jahresdurchschnitt dürfte die Arbeitslosenquote mit 6,7% der des Jahres 2014 entsprechen (Tabelle 7).

4. Löhne und Preise

4.1. Lohnanstieg bleibt kräftig

Der Lohnauftrieb hat sich im vergangenen Jahr abgeschwächt. Die Tarifabschlüsse führten zu einer Zunahme der Stundenverdienste um nur noch 2,4% nach 2,7% im Jahr 2012 (Tabelle 8). Noch stärker verlangsamte sich der Anstieg der Effektivlöhne je Stunde, die sich lediglich um 2,5% erhöhten nach 3,5% im Jahr davor. Allem

4. Löhne und Preise

Anschein nach führte die schwächere Konjunktur zu geringeren Zahlungen von Zulagen und Boni, und es wurden auch weniger bezahlte Überstunden geleistet.

Für 2014 lassen die vorliegenden Tarifabschlüsse eine wieder etwas kräftigere Zunahme der tariflichen Stundenverdienste erwarten. Zum einen sehen die zuletzt abgeschlossenen Tarifverträge u.a. in der Chemischen Industrie und im Einzelhandel höhere Lohnsteigerungen vor, zum anderen treten in einigen großen Tarifbereichen wie der Metallindustrie Stufenerhöhungen in Kraft. Ausgehend davon prognostizieren wir einen Anstieg der Tariflöhne um 2,9%. Da allerdings die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten noch unterausgelastet sind, und viele Tarifverträge Abweichungen im Falle wirtschaftlicher Schwierigkeiten erlauben, dürfte die Lohndrift leicht negativ bleiben, so dass der Anstieg der Effektivlöhne etwa dem von 2013 entspricht.

Höhere
Tarifabschlüsse
in diesem Jahr

Für 2015 stellt sich die Frage, wie die angekündigte Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns die Tarifabschlüsse beeinflussen wird. Da noch keine Details z.B. zum Geltungsbereich fixiert sind, und unklar ist, ob ein gesetzlicher Mindestlohn überhaupt in die Tariflohnstatistik eingehen wird, wird hier bezüglich der Tariflöhne von ähnlichen Steigerungen ausgegangen wie in diesem Jahr. Die

Tabelle 8

Löhne und Lohnkosten

2011 bis 2015; Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %

	2011	2012	2013	2014 ^P	2015 ^P
Je Arbeitnehmer					
Tariflöhne	1,8	2,6	2,4	2,9	2,8
Bruttolöhne und -gehälter (Effektivlöhne)	3,3	2,9	2,2	2,3	3,4
Lohndrift	1,5	0,3	-0,2	-0,6	0,5
Je Stunde					
Tariflöhne	1,8	2,7	2,4	2,9	2,8
Bruttolöhne und -gehälter (Effektivlöhne)	3,0	3,5	2,5	2,6	3,2
Lohndrift	1,2	0,9	0,1	-0,3	0,4
Arbeitskosten (nominal)	2,9	3,1	2,3	2,6	3,3
Arbeitskosten (real)	1,5	1,8	0,0	0,8	1,6
Lohnstückkosten (nominal)	1,0	3,1	2,1	1,3	1,4
Lohnstückkosten (real)	-0,2	1,6	-0,1	-0,4	-0,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹Im Inland. - ^PEigene Prognose.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Anstieg der
Arbeitskosten
beschleunigt sich

Wirkungen des Mindestlohns sind in der Lohndrift berücksichtigt. Es wird unterstellt, dass diese 2015 wieder positiv sein wird, so dass die Effektivlöhne je Stunde um 3,2% steigen.

Die realen Arbeitskosten dürften sich unter diesen Voraussetzungen in diesem Jahr um 0,8% verteuern. Für das kommende Jahr ist ein deutlicher Anstieg um 1,6% zu erwarten, so dass sich die Rahmenbedingungen für einen Beschäftigungsaufbau von dieser Seite her verschlechtern.

4.2 Preisanstieg beschleunigt sich leicht

Im vergangenen halben Jahr hat sich der Anstieg der Verbraucherpreise deutlich abgeschwächt. Lag die Inflationsrate vor sechs Monaten noch bei 1,9%, so erreichte sie im Februar nur noch 1,2%. Maßgeblich hierfür war der deutliche Rückgang der Preise für Mineralölprodukte. Leichtes Heizöl verbilligte sich im Vorjahresvergleich im Januar um 7,1%, Kraft- und Schmierstoffe um 4,4%. Die Kerninflation, gemessen an der Veränderung der Verbraucherpreise exklusive der Preise für Energie und saisonale Nahrungsmittel, erhöhte sich im Januar auf 1,7%. Der allgemeine Preisdruck in Deutschland bleibt gleichwohl moderat.

In den kommenden Monaten dürfte der Preisauftrieb gering bleiben. Die deutlich gesunkenen Rohölpreise dürften bis ins vierte Quartal 2014 hinein dämpfend wirken. Hinzu kommen die Inflation bremsende Sondereffekte.¹² Allerdings erwarten wir für den Prognosezeitraum eine leichte Beschleunigung der Teuerung. Der importierte Preisdruck dürfte dabei gering bleiben. Zwar zieht die Konjunktur im europäischen Ausland wieder leicht an, Inflationsdruck dürfte dadurch aber kaum entstehen, weil die Kapazitäten dort vorerst unterausgelastet bleiben. Auch die Energiepreise dürften annahmegemäß nur moderat zunehmen.

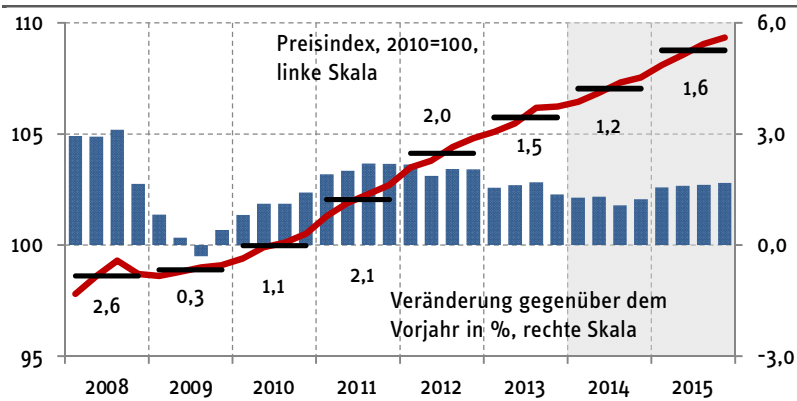
Immobilienpreise
schlagen nach und
nach auf Mieten
durch

Der endogene Preisauftrieb dürfte im Prognosezeitraum hingegen leicht zunehmen. Im Verlauf von 2014 wird die gesamtwirtschaftliche Produktion voraussichtlich das Produktionspotenzial übersteigen. Die konjunkturelle Überlastung dürfte sich in 2015 weiter erhöhen und im Prognosezeitraum zu einem Anstieg der Produktionspreise führen. Die bereits deutlichen Preissteigerungen bei Wohnbauten werden sich fortsetzen und sich nach und nach in Mieterhöhungen niederschlagen. Eine weitere Kostenbelastung der Produzenten bedeutet die angekündigte Einführung des flächendeckenden Mindestlohns. Er wird wohl insbesondere haushaltsnahe

¹² Zwar läuft der Effekt der Abschaffung der Studiengebühren in Bayern aus, doch hat nun Niedersachsen die Abschaffung der Gebühren angekündigt.

4. Löhne und Preise

Schaubild 6
Verbraucherpreise in Deutschland
2008 bis 2015



Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes.

Dienstleistungen verteuern, was sich unmittelbar im Verbraucherpreisindex niederschlagen wird. Die vergleichsweise kräftige Konsumnachfrage dürfte im Prognosezeitraum die Möglichkeit zur Weitergabe der höheren Kosten verbessern. Weitere Kostensteigerungen in der Produktionskette und die Anpassung der Lohnstruktur an die veränderte Lohnuntergrenze werden sich wohl deutlich langsamer in einen Anstieg der Inflation übersetzen (Kasten 2).

Vor diesem Hintergrund erwarten wir eine in diesem Jahr nur verhaltene Teuerung von 1,2%. Im kommenden Jahr wird die Inflation sich dann wohl auf 1,6% beschleunigen (Schaubild 6).

5. Konjunkturbedingte Haushaltsüberschüsse

Der Staat konnte im vergangenen Jahr zum zweiten Mal in Folge einen geringfügig überschüssigen Haushalt erzielen. Wie schon im Jahr 2012 finanzierten der Bund und die Länder einen Teil ihrer Ausgaben noch mit Krediten, während die Gemeinden und die Sozialversicherung Überschüsse realisierten. Im Prognosezeitraum dürfte sich die Finanzlage des Staates weiter verbessern. Zwar ist die Finanzpolitik leicht expansiv ausgerichtet (Tabelle 9), doch gleichen die aus der anziehenden Konjunktur resultierenden Mehreinnahmen und die Entlastungen beim Schuldendienst dies mehr als aus.

Zweiter Haushaltsüberschuss
in Folge

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 9

Änderungen von Steuern, Sozialabgaben und Staatsausgaben durch diskretionäre Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen(+) und -belastungen (-) gegenüber 2013 in Mrd. €

	2014	2015
Alterseinkünftegesetz	-0,9	-1,8
Erhöhung der Tabaksteuer	0,2	0,3
Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer	-1,6	-1,8
Jahressteuergesetz 2013	0,3	0,5
Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts	-0,2	-0,3
Sonstige steuerliche Maßnahmen ²	0,1	0,2
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 1. Januar 2015 um 0,3 Prozentpunkte auf 2,35%		3,8
Kürzung disponibler Bundesausgaben	0,5	0,8
Einsparungen im Haushaltsvollzug bei Ländern und Gemeinden	0,6	0,8
Aufstockung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur	-1,0	-1,0
Ausweitung der Bundesausgaben f. Kitas, Schulen und Hochschulen	-0,5	-1,3
Förderung der außeruniversitären Forschung		-0,3
Aufstockung der Mittel für die Eingliederung Arbeitssuchender	-0,4	-0,4
Aufstockung der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit	-0,5	-0,5
Rentenpaket 2014 ³	-4,4	-9,0
Anhebung des Regelsatzes bei Hartz IV zum 1. Januar 2014	-0,5	-0,5
Einführung des Betreuungsgeldes	-0,7	-0,7
Schrittweise Abschaffung der Eigenheimzulage	0,3	0,4
Gesetz zur Neuausrichtung der Pflegeversicherung	-0,1	-0,8
Ausweitung der Pflegeleistungen		-2,2
Ausgaben zur Beseitigung der Flutschäden	-1,0	1,7
Insgesamt	-9,8	-12,0
in Relation zum nominalen BIP in %	-0,3	-0,4

Quellen: BMF, Berechnungen und Schätzungen des RWI. - ¹Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Bankenkrise und der Staatsschuldenkrise. - ²Insbesondere Verordnung zur Absenkung der Steuersätze bei der Luftverkehrssteuer, Anwendung des BFH-Urteils zur regelmäßigen Arbeitsstätte bei mehreren Tätigkeitsstätten, Verkehrssteueränderungsgesetz, Urteil zum Ehegattensplitting. - ³„Mütterrente“, abschlagsfreier Renteneintritt für 63-Jährige mit 45 Beitragsjahren, Lebensleistungsrente.

Das Steueraufkommen wird in diesem Jahr voraussichtlich um 2,7% zunehmen nach 3,0% im Vorjahr. Zwar kommt es aufgrund der guten Konjunktur zu Mehreinnahmen, doch schmälern höhere Abführungen an die Europäische Union (MWSt-Eigenmittel) und insbesondere Steuerrechtsänderungen das Aufkommen. Neben der Erhöhung des Grundfreibetrags bei der Einkommensteuer zu Jahresbeginn wirkt sich hier aus, dass aufgrund von Gerichtsurteilen wie dem EuGH-Urteil zur Besteuerung von Streubesitzdividende, Steuern erstattet werden müssen. Das Beitragsaufkommen der Sozialversicherung dürfte mit 2,8% stärker als im Vorjahr zunehmen, als es durch die deutlich gesenkten Beitragssätze zur gesetzlichen Rentenversicherung geschmälert wurde. Die Vermögenseinkommen des Staates dürften hingegen

2014: Geringeres Plus bei Steuern - stärkeres bei Sozialabgaben

5. Öffentliche Finanzen

nur leicht steigen; zwar wird die Bundesbank einen höheren Gewinn an den Bund abführen, doch werden die Wertpapierbestände der „Bad Banks“ weiter verringert. Alles in allem dürften die Staatseinnahmen in diesem Jahr um 2,7% zulegen, nach 2,5% im Vorjahr.

Im Jahr 2015 wird sich der Anstieg der Staatseinnahmen voraussichtlich auf 3,8% beschleunigen. Das Steueraufkommen dürfte um 4,1% und damit abermals rascher expandieren als das nominale BIP (3,7%), so dass die volkswirtschaftliche Steuerquote auf 23,1% zunimmt. Ausschlaggebend hierfür sind die progressionsbedingten Mehreinnahmen bei der Lohn- und Einkommensteuer. Auch die Beitragseinnahmen der Sozialversicherung dürften im kommenden Jahr mit 4,0 % beschleunigt zunehmen. Dies beruht neben der merklich steigenden Lohnsumme darauf, dass der Beitragssatz zur Pflegeversicherung zum 1. Januar 2015 um 0,3%-Punkte angehoben wird.

Kalte Progression treibt Steueraufkommen

Die Staatsausgaben dürften in diesem Jahr um 2,7% expandieren. Die Personalausgaben werden stärker als im Vorjahr steigen, da bei den anstehenden Tarifverhandlungen von Bund und Kommunen angesichts des verbesserten gesamt- und finanzwirtschaftlichen Umfeldes mit einem spürbaren Tariflohnanstieg zu rechnen ist. Auch die monetären Sozialleistungen legen merklich zu. Ausschlaggebend hierfür ist, dass die Renten zur Jahresmitte deutlich angehoben werden, da die der Rentenanpassung zugrunde liegenden Löhne je Beschäftigtem im Jahr 2013 kräftig gestiegen sind und rentenmindernde Faktoren entfallen. Zudem schlagen die im Rahmen der Koalitionsvereinbarungen beschlossenen Leistungsausweitungen zu Buche: So werden Erziehungszeiten bei vor 1992 geborenen Kindern in der Rente stärker als bisher anerkannt, 63-Jährigen wird nach 45 Beitragsjahren ein abschlagsfreier Renteneintritt ermöglicht¹³ und Menschen mit verminderter Erwerbsfähigkeit werden besser abgesichert; die hieraus resultierenden Mehrausgaben belaufen sich in diesem Jahr auf 4,4 Mrd. €.

Leistungsausweitungen in der Sozialpolitik führen zu Mehrausgaben

Schließlich nehmen die Bruttoinvestitionen voraussichtlich beschleunigt zu, weil die im vergangenen Jahr zur Verfügung gestellten Mittel zur Beseitigung der Flutschäden vom Frühsommer 2013 in diesem Jahr verstärkt abgerufen werden dürften, der Bund seine investiven Ausgaben zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und zur Städtebauförderung aufstockt und schließlich seine Zuweisungen an Länder und Gemeinden steigert, um diese bei der Finanzierung von Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen zu entlasten. Die Ausgaben für soziale Sachleistungen, deren Anstieg im vergangenen Jahr durch den Wegfall der Praxisgebühr überzeichnet

¹³ Das Zugangsalter wird parallel zur Anhebung des allgemeinen Renteneintrittsalters auf das 65. Lebensjahr angehoben.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

war, werden hingegen verlangsamt zunehmen. Die Zinsausgaben dürften abermals sinken, da der Staat bei der Refinanzierung fälliger Schuldtitel weiterhin von den günstigen Finanzierungskonditionen profitiert und sich die Verbindlichkeiten der „Bad Banks“ weiter verringern.

Für 2015 erwarten wir eine Zunahme der Staatsausgaben um 3,1%. Sowohl die Vorleistungen als auch die Arbeitnehmerentgelte dürften etwas stärker zulegen als in diesem Jahr, da mit der sich bessernden Finanzlage der Konsolidierungsdruck nachlässt. Die sozialen Sachleistungen werden ebenfalls kräftiger als zuvor expandieren, da die Betreuungsleistungen für pflegebedürftige Menschen aufgestockt werden. Auch die monetären Sozialleistungen nehmen im kommenden Jahr beschleunigt zu. Insbesondere die Rentenzahlungen expandieren merklich, da die kräftige Rentenerhöhung aus dem laufenden Jahr nachwirkt und bei der sich abzeichnenden Konjunktur in diesem Jahr auch Mitte des kommenden Jahres eine spürbare Rentenanpassung erfolgen dürfte. Die Bruttoinvestitionen des Staates werden ebenfalls deutlich, wenn auch nicht mehr so kräftig wie in diesem Jahr ausgeweitet. Zwar gehen von den im Rahmen der Koalitionsvereinbarungen beschlossenen prioritären Maßnahmen und der sich weiter bessernden Finanzlage der Kommunen, dem Hauptinvestor der öffentlichen Hand, Impulse aus, doch laufen die Baumaßnahmen zur Beseitigung der Flutschäden aus. Die Zinsausgaben dürften nur noch wenig sinken. Zwar werden die Portfolios der „Bad Banks“ und die daraus resultierenden Zinsbelastungen abgebaut, doch hat sich die Lage an den Finanzmärkten beruhigt und die Anleihen anderer Staaten werden wieder attraktiver, so dass der deutsche Fiskus bei Emissionen höhere Renditen bieten muss.

Anstieg der
Staatsausgaben
beschleunigt
such 2015

Der Staat dürfte im laufenden Jahr einen annähernd ausgeglichenen Haushalt erzielen. Im kommenden Jahr ist ein Überschuss von reichlich 8 Mrd. € bzw. in Relation zum BIP von 0,3% zu erwarten. Dies schafft in Verbindung mit dem fortgesetzten Portfolioabbau bei den „Bad Banks“ und dem Wachstum des nominalen BIP die Voraussetzungen dafür, dass die Staatsschuldenquote zurückgehen wird. Die Schuldenquote wird von 77½% (2013) auf rund 71½% (2015) sinken, sie wird damit aber weiterhin deutlich über dem Referenzwert des Maastricht-Vertrages liegen.

Staatsschuldenquote
sinkt weiter

6. Zur Wirtschaftspolitik

Trotz der schwächeren Konjunktur in den beiden vergangenen Jahren ist Deutschland nach wie vor in einer guten gesamt- und finanzwirtschaftlichen Verfassung. Die Beschäftigung wurde weiter ausgeweitet, die öffentlichen Haushalte wiesen im vergangenen Jahr erneut einen kleinen Überschuss auf, und für die Jahre 2014 und 2015 zeichnet sich ein solider Aufschwung und eine weitere Verbesserung der

6. Zur Wirtschaftspolitik

staatlichen Finanzlage ab. Zugleich stellt sich die Lage im Euro-Raum günstiger dar als in den vergangenen Jahren. Die Rezession dort scheint überwunden, und die Lage an den Finanzmärkten hat sich weiter beruhigt. An sich sind dies Rahmenbedingungen, unter denen die Wirtschaftspolitik den Krisenmodus verlassen und auf einen wachstumsorientierten Kurs übergehen könnte. In Deutschland stehen jedoch verteilungspolitische Fragen im Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Agenda. Und auf europäischer Ebene ist die Gefahr groß, dass man die Atempause, die eine bessere Konjunktur verschafft, ungenutzt verstreichen lässt, weil man mit abnehmendem Leidensdruck Strukturreformen für weniger dringlich hält.

In den Mittelpunkt der Politik in Deutschland hat der Koalitionsvertrag der Großen Koalition Themenfelder gerückt, die – ausgesprochen oder unausgesprochen – Verteilungsfragen adressieren und „Gerechtigkeitslücken“ zu schließen trachten. Im Bereich der Rentenpolitik wurden Leistungsverbesserungen für Mütter und Menschen mit verminderter Erwerbsfähigkeit beschlossen, und das Ziel der „Rente mit 67“ aufgeweicht, indem Arbeitnehmer ab dem 63. Lebensjahr abschlagsfrei in Rente gehen dürfen, sofern sie auf 45 Beitragsjahre in der gesetzlichen Rentenversicherung verweisen können. Diese Maßnahmen besitzen für die Bundesregierung eine hohe Priorität: Sie sollen noch 2014 umgesetzt werden und lassen Mehrausgaben von 4,4 Mrd. € in diesem Jahr und 9 Mrd. € im kommenden Jahr erwarten. Finanziert werden sollen sie vorerst durch den Rückgriff auf Reserven der Rentenversicherung, weshalb eine nach bisheriger Gesetzeslage für den 1. Januar 2014 notwendige Senkung des Beitragssatzes unterblieb. Die Konjunktur dürfte dieses Rentenpaket damit sogar dämpfen (Kasten 3).

Die Tendenz, gesellschaftliche Aufgaben durch die Sozialversicherung zu finanzieren, bleibt nicht auf die Rentenversicherung beschränkt. Die Bundesregierung plant auch, den Bundeshaushalt u.a. durch eine Kürzung der Zuschüsse an den Gesundheitsfonds zu konsolidieren, die gewährt werden, um versicherungsfremde Leistungen zu finanzieren. Ohne diesen Konsolidierungsbeitrag des Gesundheitsfonds könnten die Krankenversicherungsbeiträge gesenkt oder längere Zeit stabil gehalten werden.

Diese Art der Finanzierung staatlicher Leistungen ist in zweierlei Hinsicht problematisch. Sollten, erstens, die neuen Leistungen in gesellschaftlichem Interesse sein, spricht nichts dafür, sie allein aus Beiträgen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu finanzieren. Vielmehr hätten sie aus Steuermitteln aufgebracht werden müssen, um alle Bürger entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung zu beteiligen. Zweitens reichen die Rücklagen der Rentenversicherung nur begrenzte Zeit, so

Wirtschaftspolitik
rückt Verteilung
in den Mittelpunkt

Schädliche
Finanzierung
gesellschaftlicher
Aufgaben durch
Sozialbeiträge

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Kasten 3

Gesamtwirtschaftliche Wirkungen des Rentenpakets – Simulationen mit dem RWI-Konjunkturmodell

Die Bundesregierung hat beschlossen, zum 1. Juli 2014 die Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung insbesondere durch die Einführung der sog. Mütterrente und durch die Möglichkeit des abschlagfreien Rentenbezugs ab 63 Jahren für Versicherte mit 45 Beitragsjahren auszuweiten. Finanziert werden sollen diese Maßnahmen aus den Rücklagen der Rentenversicherung. Um diese zu schonen, wurde außerdem beschlossen, eine sich nach geltendem Recht ergebende Senkung des Beitragsatzes zur Rentenversicherung von 18,9% auf 18,3% mittels Gesetzgebungsverfahren auszusetzen.

Wie sich das Rentenpaket aus dem Verzicht auf die Beitragssenkung und der Ausweitung der Leistungen makroökonomisch auswirken dürfte, wird hier anhand von Simulationsrechnungen mit dem RWI-Konjunkturmodell beurteilt. Dazu wird zunächst eine Basissimulation durchgeführt, die den sich bis zu den Beschlüssen des Koalitionsvertrages abzeichnenden niedrigeren Beitragsatz zum 1.1.2014 annimmt. Diese wird mit drei Alternativsimulationen verglichen. In der ersten wird der Beitragsatz auf das Niveau von 2013 erhöht. In der zweiten werden die monetären Sozialleistungen um die im Koalitionsvertrag erwarteten Leistungsausweitungen der Rentenversicherung aufgestockt. Angesetzt werden hierfür rd. 4,5 Mrd. € in jedem Halbjahr ab Mitte 2014. Die dritte Simulation kombiniert beide Teile des Pakets.

Die in der Tabelle ausgewiesenen Simulationsergebnisse zeigen, dass eine Erhöhung des Beitragsatzes (unterlassene Beitragssenkung) negativ auf Einkommen und Erwerbstätigkeit wirkt. Letztere ist im Jahr 2014 nach der Modellrechnung bereits um 13 000 Stellen geringer als sie bei einer Beitragssenkung wäre, aufgrund der verzögerten Anpassung steigt der Stellenverlust auf 42 000 im Jahr 2016. Die Konsumausgaben fallen bereits 2014 um knapp 6 Mrd. € geringer aus, bis 2016 erhöht sich der Ausfall auf rund 7 Mrd. €. Außerdem wirken die erhöhten Arbeitskosten dämpfend auf die Investitionen. Da die Importe aufgrund der schwächeren Inlandsnachfrage gegenüber der Basissimulation sinken, die Exporte aber nur wenig gedämpft werden, verzeichnet das BIP geringere Einbuße als die Inlandsnachfrage.

Die Leistungserhöhung stimuliert unmittelbar die Konsumnachfrage, wodurch auf längere Sicht rund 25 000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. Allerdings können die expansiven Effekte der höheren Leistungen den dämpfenden Einfluss höherer Rentenversicherungsbeiträge nicht kompensieren. Die Effekte auf das BIP sind zwar äußerst gering, allerdings wird dieses BIP aufgrund der erhöhten Arbeitskosten mit rund 17 000 weniger Arbeitskräften produziert. Der Finanzierungssaldo des Staates fällt um 4,5 Mrd. € ungünstiger aus als in der Basislösung.

Bei diesen Rechnungen sind nicht alle Folgewirkungen des Rentenpakets im Konjunkturmodell explizit berücksichtigt. Zum Beispiel wird im Modell vernachlässigt, dass Veränderungen des Beitragsatzes zur Rentenversicherung in den „Riesterfak-

6. Zur Wirtschaftspolitik

tor“ bei der Berechnung der Rentensteigerungen eingehen. Die zunächst erwartete Senkung des Beitragssatzes im Jahr 2014 hätte 2015 zu einer höheren Rentenanpassung geführt und damit die Kaufkraft der Rentner gestärkt. Außerdem dürfte ein Teil der erhöhten Rentenzahlungen aufgrund der „Mütterrente“ mit anderen Sozialleistungen wie der Leistungen zur Grundsicherung im Alter verrechnet werden. Dies verringert den nachfragesteigernden Effekt des Rentenpakets.

Auswirkungen des Rentenpakets

Abweichungen von der Basislösung

Impuls	Beitragssatzerhöhung			Leistungsausweitung		
	2014	2015	2016	2014	2015	2016
Beitragssatz zur Rentenversicherung (%-Punkte)	0,6	0,6	0,6			
Monetäre Sozialleistungen in Mrd. €				4,4	9,0	9,4
Nominal, Mrd. €						
Verfügbares Einkommen	-6,3	-7,6	-7,8	4,0	8,2	9,2
Private Konsumausgaben	-5,8	-6,8	-6,9	3,6	7,4	8,1
Ausrüstungen	-0,8	-1,4	-1,5	0,6	1,1	1,5
Inlandsnachfrage	-7,0	-8,9	-9,1	5,0	9,4	11,0
Außenbeitrag	3,4	5,0	5,3	-2,2	-4,1	-5,0
Bruttoinlandsprodukt	-3,5	-3,9	-3,8	2,7	5,3	6,0
Finanzierungssaldo des Staates	3,7	2,2	2,3	-3,0	-6,7	-6,7
Preisindex, 2005=100, Indexpunkte						
Private Konsumausgaben	0,0	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0
Lohnstückkosten	0,4	0,4	0,3	-0,1	-0,1	-0,1
BIP real, Mrd. €, Referenzjahr 2005	-4,1	-4,9	-5,1	2,4	4,6	5,1
Erwerbstätige, in 1000	-13	-33	-42	9	16	25

Rentenpaket insgesamt

Impuls	2014	2015	2016
Beitragssatz zur Rentenversicherung in %-Punkten	0,6	0,6	0,6
Monetäre Sozialleistungen in Mrd. €	4,4	9,0	9,4
Nominal, Mrd. €			
Verfügbares Einkommen	-2,3	0,6	1,3
Private Konsumausgaben	-2,2	0,6	1,2
Ausrüstungen	-0,2	-0,3	0,0
Inlandsnachfrage	-2,0	0,5	1,9
Außenbeitrag	1,2	0,9	0,3
Bruttoinlandsprodukt	-0,8	1,3	2,2
Finanzierungssaldo des Staates	0,8	-4,5	-4,4
Preisindex, 2005=100, Indexpunkte			
Private Konsumausgaben	0,0	0,0	0,1
Lohnstückkosten	0,3	0,2	0,2
BIP real, Mrd. €, Referenzjahr 2005	-1,7	-0,3	0,0
Erwerbstätige, in 1000	-4	-17	-17

Eigene Berechnungen.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

dass die Leistungsausweitungen Beitragserhöhungen nach sich ziehen werden, und dies in einer Zeit, in der aus demografischen Gründen ohnehin Beitragssteigerungen zu erwarten sind. Steigende Sozialversicherungsbeiträge erhöhen aber die Arbeitskosten und dämpfen damit die Beschäftigung.

Eine weitere für die neue Bundesregierung vordringliche Maßnahme ist die Einführung eines flächendeckenden gesetzlichen *Mindestlohns* von 8,50 € je Stunde, der – versehen mit Übergangsfristen – bereits ab dem 1. Januar 2015 gelten soll. Ein solcher Lohn ist – gemessen am Medianlohn – relativ hoch, höher jedenfalls als in den meisten europäischen Ländern (Kluve 2013). Insofern sind negative Beschäftigungseffekte wahrscheinlich, insbesondere in Ostdeutschland, aber auch im Bereich der Minijobs (Kasten 2). Von daher wäre ein niedrigerer Mindestlohn als Einstiegslohn günstiger gewesen. Da nun die Entscheidung für einen Mindestlohn gefallen ist, ist es umso wichtiger, einen sinnvollen institutionellen Rahmen festzulegen. So erscheint die britische *Low Pay Commission* als gutes Beispiel, da sie politisch unabhängig und ausgewogen besetzt ist, d.h. neben mit Gewerkschaftlern und Arbeitgebern auch mit unabhängigen Experten. Damit würde dem Entstehen von „Tariffkartellen“ entgegengewirkt. Zudem sollten die Effekte der Mindestlohneinführung zeitnah evaluiert werden, um möglichen Fehlentwicklungen schnell entgegensteuern zu können.

Mindestlohn durch
unabhängige
Kommission
festlegen

Beides, die zunehmende Finanzierung gesamtstaatlicher Aufgaben durch Sozialversicherungsbeiträge wie auch der flächendeckende Mindestlohn gefährden die Erfolge am Arbeitsmarkt, zumal auch „Nachjustierungen“ an den Arbeitsmarktreformen etwa im Bereich der Leiharbeit angekündigt wurden. All diese Maßnahmen verschlechtern die Beschäftigungschancen gerade jener, die ohnehin über ungünstige Voraussetzungen verfügen, eine Beschäftigung zu finden. Wenn geringe Qualifikation oder Minderungen der Leistungsfähigkeit zu niedrigen Einkommen führen, ist es gesellschaftliche Aufgabe, das Einkommen durch Transfers auf ein existenzsicherndes Niveau anzuheben. Die leistet das deutsche Steuer-Transfersystem. Sollte es zu einem Missbrauch des Systems kommen, was beispielsweise dann der Fall wäre, wenn mit Hinweis auf zustehende staatliche Leistungen der gezahlte Lohn gedrückt würde, dann wäre eine anreizkompatible Gestaltung des Transfersystems der richtige Weg und nicht eine Regulierung der Löhne.

Wirtschaftspolitik
gefährdet Beschäf-
tigungschancen

Im Euro-Raum belebt sich die Konjunktur, und es gibt Anzeichen für eine Verbesserung der geldpolitischen Transmission. Gleichwohl unterscheiden sich die Refinanzierungskosten zwischen den Ländern weiterhin beträchtlich. Auch haben sich die Zinsabstände zwischen den Staatsanleihen der Länder des Euro-Raums spürbar verringert. Die Rechnung der EZB ist insofern bisher aufgegangen: Ihr Versprechen,

6. Zur Wirtschaftspolitik

den Euro mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu verteidigen, hat allem Anschein nach zu einer Beruhigung der Märkte beigetragen.

Die Beruhigung der Lage ist zum Teil Ausdruck von ersten Erfolgen in den Anpassungsprozessen (siehe Kasten 1 im internationalen Teil dieses Berichts), zum Teil Resultat einer allgemein stärkeren Konjunktur in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften, die auch die Exporte des Euro-Raums stimuliert. Gleichwohl weisen viele Länder weiterhin strukturelle Budgetdefizite auf, und viele Strukturreformen wurden noch nicht angegangen. Es besteht nun die Gefahr, dass mit abnehmendem Leidensdruck auch die Bereitschaft abnimmt, Reformen umzusetzen. Auch bei der Schaffung europäischer Regeln für eine Abwicklung maroder Banken, dem *Single Resolution Mechanism (SRM)* ist der Fortschritt nur schleppend, obwohl sie ein wesentlicher Schritt wäre, die Funktionsfähigkeit der monetären Transmission und damit die Wirkung der Geldpolitik zu verbessern.

Reformbereitschaft im Euro-Raum muss erhalten bleiben

6.1. Ambivalente Signale für die Geldpolitik

Die EZB hat den Expansionsgrad ihrer Politik im vergangenen Herbst nochmals erhöht. Sie hat den Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte im November 2013 um 25 Basispunkte auf 0,25% gesenkt. Der Zinssatz für Übernachteinlagen der Geschäftsbanken bei der Zentralbank wurde bei 0% belassen, der Zinssatz der Spitzenrefinanzierungsfazilität auf 0,75% gesenkt. Damit reagierte die EZB auf den sich seit Mitte des vergangenen Jahres deutlich abschwächenden Inflationsdruck und die nur moderate monetäre Entwicklung im Euro-Raum insgesamt.

Trotz der Zinssenkung und der Verringerung der Differenz zwischen den Zinsen für die Ausleihungen und der Verzinsung von Einlagen der Geschäftsbanken bei der Zentralbank ist die Liquidität im Bankensektor insgesamt deutlich zurückgegangen. Die vergleichsweise teuren Ausleihungen bei der Notenbank scheinen zumindest zum Teil durch gestiegene Handelsvolumina am Interbankengeldmarkt substituiert worden zu sein, was auf eine effizientere Liquiditätsallokation in den vergangenen Monaten hindeutet. Im Vergleich zu der im September 2013 endenden Reservehaltungsperiode verringerte sich die durchschnittliche, die Mindestreserve übersteigende, Zentralbankliquidität im Bankensektor um knapp 100 Mrd. auf zuletzt 258 Mrd. €. Mit dem Rückgang des Liquiditätsbedarfes reduzierte sich das Volumen der Offenmarktgeschäfte¹⁴ in ähnlichem Umfang, und zwar um 85 Mrd. € im gleichen Zeitraum, wobei der Rückgang im Wesentlichen auf eine Verringerung des Volumens der längerfristigen Refinanzierungsgeschäfte zurückzuführen ist. Mit der

Banken fahren Überschussliquidität zurück

¹⁴ Ohne die im Rahmen der Programme für die Wertpapiermärkte erworbenen Papiere, welche durch Feinsteuerungsoperationen sterilisiert werden.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

sinkenden Überschussliquidität hat sich aber das Volumen der Übernachtausleihungen am Interbankengeldmarkt leicht erhöht, im Zeitraum von August 2013 bis Februar 2014 um 5 Mrd. auf 23 Mrd. €, und damit haben auch die Zinsen am Interbankengeldmarkt leicht angezogen. Der Zins für ungesichertes Dreimonatsgeld erhöhte sich zum Ende des vergangenen Jahres deutlich und liegt aktuell mit 0,3% wieder leicht über dem Zuteilungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte.

Finanzierungs-
bedingungen
für Banken
leicht verbessert ...

All dies deutet darauf hin, dass sich die Finanzierungsbedingungen für Banken im vergangenen Halbjahr leicht verbessert haben. Zugleich wurden die länderspezifischen Risiken im Euro-Raum in den vergangenen Monaten geringer eingeschätzt. Während sich die Umlaufrenditen deutscher Staatsanleihen mit zehnjähriger Laufzeit seit Sommer des vergangenen Jahres kaum verändert haben, sanken die Renditen für Papiere der Krisenländer (Griechenland, Italien, Spanien, Portugal und Irland) seit August deutlich, um etwa 70 Basispunkte auf 4,2% im Januar. Diese günstigeren Finanzierungsbedingungen an den Kapitalmärkten für als vergleichsweise risikobehaftet eingestufte Staatsanleihen haben in den vergangenen Monaten auch zu einer Reduktion der Risikoprämien bei Unternehmensanleihen geführt. Hier sank der Zinsaufschlag bei Papieren mit mittlerer Bonität (BBB) gegenüber Unternehmensanleihen mit guter Bonität (AA) seit August um 0,5%-Punkte auf 0,6% im Februar.

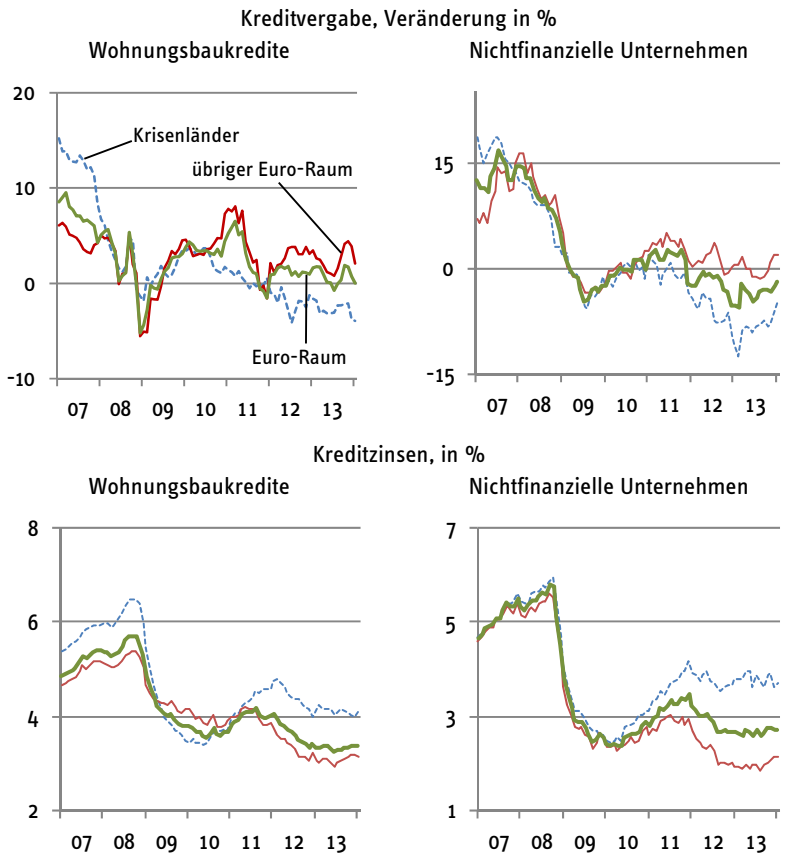
Auch bei der Kreditfinanzierung sind in den vergangenen Monaten die Kosten in den eher risikobehafteten Krisenländern leicht gesunken, während diese im übrigen Euro-Raum leicht angezogen sind. Zwar ist das Zinsniveau in den Krisenländern weiterhin deutlich höher als im übrigen Euro-Raum, in den vergangenen Monaten hat sich der Zinsabstand jedoch leicht verringert (Schaubild 7). Während die Zinsen für Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen im übrigen Euro-Raum seit August deutlich anzogen, um 0,3%-Punkte auf 2,1%, gingen sie in den Krisenländern bis Januar sogar leicht zurück, auf 3,7%. Für die privaten Haushalte lässt sich ein ähnliches Muster erkennen. So verringerten sich die Zinsen neu verbogener Wohnungsbaukredite in den Krisenländern seit August leicht auf 4,1%, im übrigen Euro-Raum verteuerten sich Wohnungsbaukredite hingegen um 0,1%-Punkte auf 3,1%.

... dennoch nehmen
Kreditvolumina
in Krisenländern
weiter ab

Trotz der leicht gesunkenen Zinsen haben die Kreditvolumina in den Krisenländern weiter deutlich abgenommen. Die Kredite an nichtfinanzielle Unternehmen verringerten sich im Durchschnitt der vergangenen drei Monate annualisiert um 4,7%, im übrigen Euro-Raum war noch eine leichte Zunahme um 1,8% zu beobachten. Auch die Wohnungsbaukredite entwickelten sich im übrigen Euro-Raum positiver als in den Krisenländern. Deren Volumen stieg im Januar im Durchschnitt der vergangenen drei Monate annualisiert um 2,1%, in den Krisenländern reduziert sich das Volumen hingegen weiter, zuletzt um 3,9%.

6. Zur Wirtschaftspolitik

Schaubild 7
Kreditvolumen und Kreditzinsen im Euro-Raum
2007 bis 2014



Nach Angaben der EZB.

Allerdings ist dieser Rückgang der Kreditvolumina anscheinend nicht allein auf strengere Vergaberichtlinien in den Krisenländern zurückzuführen. Dies deutet jedenfalls die Umfrage unter Unternehmen zum Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten (SAFE) der Europäischen Zentralbank vom Herbst 2013 an. Danach ist der Anteil der kleinen und mittleren Unternehmen, die den Zugang zu Finanzierungsquellen als ihr dringlichstes Problem ansehen, in den Krisenländern mit 23% zwar weiterhin deutlich höher als im übrigen Euro-Raum (11%). Allerdings reduzierte er sich im Vergleich zum Winterhalbjahr 2012/13 um 2%-Punkte. Der Anteil der kleinen

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

und mittleren Unternehmen, deren Kreditantrag abgelehnt wurde, hat sich in den Krisenländern jedoch leicht erhöht, um 1%-Punkt auf 18%.

All dies zeigt, dass zwar weiterhin deutliche Unterschiede in den Finanzierungsbedingungen der Unternehmen und Haushalte zwischen den Ländern bestehen, diese sich in den vergangenen Monaten jedoch verringert haben, wenn auch nur leicht. Die den unterschiedlichen Finanzierungsbedingungen zugrunde liegenden Probleme zu lösen, ist jedoch nicht Aufgabe der Geldpolitik, sondern der nationalen (Strukturreformen) bzw. der europäischen (Bankenunion) Wirtschaftspolitik. Fortschritte in diesen Bereichen beeinflussen auch maßgeblich die Geschwindigkeit der Konvergenz der Refinanzierungsbedingungen und damit auch die Konjunktur im Euro-Raum.

Unterschiede
in Finanzierungs-
bedingungen des
Privatsektors
bleiben groß

Wir erwarten, dass sich die Unterschiede im monetären Umfeld zwischen den Ländern nur langsam weiter verringern werden. Ausschlaggebend dafür ist, dass die Bereinigung der Bankbilanzen um vom Ausfall bedrohte Titel und die Rekapitalisierung der Banken in den Krisenländern nur langsam vorankommen wird. Dafür sprechen jedenfalls die bisherigen Erfahrungen bei der Sanierung maroder Banken. Aber auch die angestoßenen Strukturreformen zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer dürften noch weitere Zeit in Anspruch nehmen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wann und in welchem Maße die EZB auf die sich ändernde konjunkturelle Situation reagieren wird. Gegenwärtig gibt es ambivalente Signale für die Geldpolitik. Einerseits zeichnet sich ab, dass sich die realwirtschaftliche Lage in diesem und im kommenden Jahr verbessern wird, was für eine Reduktion der expansiven Ausrichtung der Geldpolitik sprechen könnte. Andererseits ist die Inflation in den vergangenen Monaten deutlich rückläufig gewesen, im Februar lag sie bei nur noch 0,8%, was zuletzt die Befürchtung nährte, der Euro-Raum könnte in eine deflationäre Spirale geraten. Dies spräche wiederum eher für eine expansivere Ausrichtung der Geldpolitik.

Bessere Konjunktur,
aber Inflation
deutlich unter
EZB-Ziel

Aktuell zeigen das Zusammentreffen von unterausgelasteten Kapazitäten und niedrigen Inflationserwartungen in der Tat an, dass eine expansivere geldpolitische Ausrichtung angebracht wäre (Schaubild 8). Allerdings stellt sich die Frage, mit welchen Instrumenten die EZB dies erreichen könnte. Eine weitere Senkung des Zuteilungssatzes für Hauptrefinanzierungsgeschäfte auf 0% wäre eine Möglichkeit. Allerdings dürfte dies erhebliche negative Folgen für die Funktionsfähigkeit des Interbankengeldmarktes haben. Sollte auch die Einlagefazilität bei 0% belassen werden, gäbe es für Banken keinen Anreiz, Liquidität mit anderen Geschäftsbanken zu handeln, da dieselbe Rendite bei der Zentralbank zu erzielen wäre. Bei einer identischen Verzinsung von Einlagen und Ausleihungen bei der Zentralbank, wie dies bspw. die Zentralbanken in Neuseeland und Norwegen praktizieren, kann die

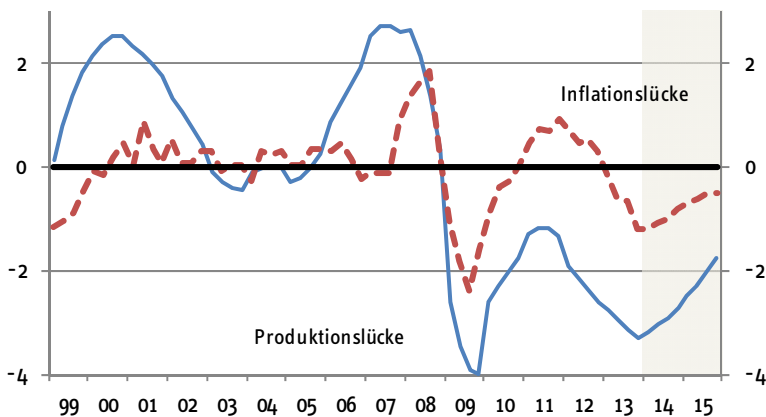
6. Zur Wirtschaftspolitik

Zentralbank jedoch nicht mehr das Volumen der Zentralbankliquidität determinieren (Borio und Disyatat 2009). Als Resultat dürfte die Bilanzsumme der Zentralbank deutlich steigen.

Im Prinzip stellt dies zwar kein Problem dar. Vor dem Hintergrund der im Euro-Raum in den vergangenen Jahren ständig herabgesetzten Anforderungen an notenbankfähige Sicherheiten ist ein solcher Schritt allerdings kritisch zu beurteilen; zumal fraglich ist, ob der konjunkturelle Impuls, der aus einer Zinssenkung um 25 Basispunkte resultieren würde, ausreichen kann, um ein Deflationsszenario bei einer erneuten konjunkturellen Eintrübung im Euro-Raum abzuwenden. Auch die Senkung des Einlagesatzes, der auch negativ werden kann, um einer Verlängerung der Zentralbankbilanz entgegenzuwirken und die Banken zu einer Ausweitung der Kreditvergabe zu bewegen, scheint nicht das Allheilmittel zu sein. Erstens gilt auch hier, dass sich der konjunkturelle Impuls in Grenzen halten dürfte, da die EZB den Zins für die Einlagefazilität nicht beliebig senken kann. Bei deutlich negativem Einlagesatz können Geschäftsbanken auf die Einlage bei der Zentralbank verzichten und sich die Guthaben stattdessen auszahlen lassen und so den Strafzins der Liquiditätshaltung umgehen. Zweitens, sind die Erfahrungen mit negativen Zinsen für Einlagen bei der Zentralbank sehr gering.

Zinssenkung
möglich, aber
wenig wirkungsvoll

Schaubild 8
Determinanten der Ausrichtung der Geldpolitik
1999 bis 2015; in %



Eigene Berechnungen nach Angaben von Eurostat und Ameco.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Erwartungslenkung
als Ausweg?

Von daher stellt sich die Frage, ob der Nutzen einer nur begrenzten konjunkturellen Stimulierung im Euro-Raum die möglichen Kosten einer Politik, deren Konsequenzen nicht klar abgeschätzt werden können, überwiegt. Zwar haben kleinere Zentralbanken bereits in der Vergangenheit negative Zinsen für Übernachteinlagen eingeführt, allerdings sind die Erfahrungen nur bedingt aussagefähig für den Euro-Raum. So wurden im Falle der schwedischen Riksbank die mit dem Strafzins belegten Einlagen auch vor Einführung des negativen Zinses in der Praxis kaum genutzt (Anderson und Liu 2013). Die wohl vielversprechendste Möglichkeit die Konjunktur anzukurbeln und so einer drohenden Deflationsspirale zu entgehen dürfte die Erwartungslenkung durch explizite Regelbindung im Sinne von Woodford (2012) sein (Döhrn et al. 2013: 80-88). Zwar ist auch eine solche Politik mit Risiken verbunden, jedoch können durch deren Einführung stärkere Impulse generiert werden, als durch die oben diskutierten Alternativen. Eine regelgebundene Erwartungslenkung ist vermutlich der sicherste Weg, deutliche konjunkturelle Impulse zu setzen.

Da jedoch alle Möglichkeiten zur konjunkturellen Belebung nahe der Nullzinsuntergrenze mit Risiken verbunden sind, stellt sich die Frage, ob dieses Risiko eingegangen werden sollte. In der hier vorgelegten Prognose gehen wir davon aus, dass keine negativen Schocks eintreten, welche den Euro-Raum in eine Deflation stoßen könnten. Vor diesem Hintergrund stellt sich vielmehr die Frage, inwieweit die EZB auf die sich verbessernden Rahmenbedingungen mit einer Reduktion des geldpolitischen Expansionsgrades reagieren wird. Wir gehen zwar davon aus, dass die Inflationserwartungen allmählich anziehen, die Inflation allerdings deutlich unter der 2%-Marke bleiben wird (Schaubild 8). Auch die konjunkturelle Belebung des vergangenen Jahres dürfte sich fortsetzen, insgesamt jedoch nur moderat ausfallen. Zwar wird die Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität über dem Wachstum des Produktionspotenzials liegen, doch bleibt die Produktionslücke auch bis zum Ende des Prognosezeitraums negativ und beginnt sich nur allmählich zu schließen.

Unveränderte
Geldpolitik im
Prognosezeitraum

Vor diesem Hintergrund erwarten wir im Prognosezeitraum auch keine Anhebung des Leitzinses durch die EZB. Bei unterausgelasteten Kapazitäten und Inflationserwartungen unterhalb des Zielwertes besteht hierfür keine Notwendigkeit, da der Zielkonflikt zwischen Preisstabilität und konjunktureller Entwicklung, welcher typischerweise durch eine Reaktionsfunktion der Zentralbank beschrieben wird, in der aktuellen Situation nicht besteht.

6.2. Qualitative Konsolidierung forcieren

Die Finanzlage des Staates hat sich spürbar entspannt. Ausgehend von einem Budgetdefizit von 104 Mrd. € im Jahr 2010 wurden in den beiden vergangenen

6. Zur Wirtschaftspolitik

Jahren ausgeglichene Haushalte erzielt. Im Prognosezeitraum dürfte sich die Finanzlage weiter verbessern (Tabelle 10); der Staat wird voraussichtlich nach einem abermals ausgeglichenen Haushalt in diesem Jahr einen Überschuss von 8 Mrd. € in 2015 erzielen. Diese markante Verbesserung der Finanzlage beruht neben der guten Konjunktur und den staatlichen Konsolidierungsanstrengungen zu einem erheblichen Teil auf Sonderfaktoren, wie den äußerst günstigen Refinanzierungskonditionen des deutschen Staates und den „heimlichen“ Steuererhöhungen¹⁵ (Döhrn et al. 2013: 89f.).

Ausgeglichener
Staatshaushalt
Sonderfaktoren
zu verdanken

Zwar wird der auf diesen Sonderfaktoren beruhende Defizitabbau, der nach den üblichen Messverfahren zur Ermittlung struktureller Budgetsalden (Girouard und André 2005) als nicht konjunkturresistent gilt, als strukturell interpretiert. Allerdings ist fraglich, ob diese Erfolge strukturell im Sinne von dauerhaft sind. So ist bei einem Anziehen der Konjunktur und einer Entspannung der Lage im Euro-Raum mit höheren Zinsen auf deutsche Staatsanleihen und damit wieder steigenden Zinsausgaben des Staates zu rechnen. Und dass die kalte Progression bis 2015 und – folgt man dem Koalitionsvertrag – sogar noch darüber hinaus ungebremst wirken soll, läuft wachstumspolitischen Erfordernissen zuwider, da so die Steuerbelastung der Einkommen beständig zunimmt. Dies ist umso kritischer zu sehen, als neben der schon beschlossenen Erhöhung der Beiträge zur Pflegeversicherung im Bereich der Sozialversicherung mit weiteren Anhebungen gerechnet werden muss – nicht nur auf mittlere bis längere Sicht aufgrund des demographischen Wandels, sondern auch schon in dieser Legislaturperiode, weil die Bundesregierung Leistungen der Rentenversicherung ausweiten und den Bundeszuschuss an den Gesundheitsfonds, der erhebliche Rücklagen aufweist, gemäß Haushaltsbegleitgesetz 2014 in den Jahren 2014 und 2015 um 3,5 bzw. 2,5 Mrd. € kürzen will.

Dies verdeutlicht, dass die Konsolidierung der Staatsfinanzen trotz des ausgeglichenen gesamtstaatlichen Haushalts nicht abgeschlossen ist, zumal der Bund sich auf Kosten der Krankenversicherung entlasten will und diese Verschiebung zwischen staatlichen Ebenen das gesamtstaatliche Defizit nicht verringert. Hinzu kommt, dass auch die qualitative Konsolidierung, die auf eine stärkere Aufstockung investiver Ausgaben und eine Begrenzung konsumtiver Ausgaben setzt, nur langsam vorankommt, da der überfällige Abbau von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen nicht in Angriff genommen wird.

Verschiebungen
zwischen staatlichen
Ebenen senken
Defizit nicht

¹⁵ *Der progressiv ausgestaltete Einkommensteuertarif führt bei steigenden Einkommen selbst dann zu Mehrbelastungen der Bürger, wenn die Einkommenssteigerungen lediglich die Inflation ausgleichen. Dieser Effekt wird als „kalte“ Progression oder „heimliche“ Steuererhöhung bezeichnet; er ist vom Gesetzgeber letztlich nicht gewollt, denn die Steuerbelastung nimmt zu, obwohl sich dies nicht durch höhere Realeinkommen und damit eine gestiegene wirtschaftliche Leistungsfähigkeit rechtfertigen lässt (vgl. Gebhardt 2012; Gebhardt 2013).*

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Tabelle 10

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹

1991 bis 2015; in % des nominalen BIP

	Staatseinnahmen darunter:			Staatsausgaben darunter:			Finanzierungs- saldo	Zins- Steuer- Quote ²
	Insgesamt	Steuern	Sozial- beiträge	Insgesamt	Zins- ausgaben	Brutto- investitionen		
1991	43,4	22,0	16,8	46,2	2,7	2,6	- 2,9	12,2
1992	44,7	22,3	17,2	47,1	3,1	2,8	- 2,4	14,0
1993	45,2	22,4	17,7	48,1	3,2	2,6	- 3,0	14,3
1994	45,5	22,3	18,2	48,0	3,4	2,5	- 2,5	15,0
1995 ^a	45,4	21,9	18,5	48,2	3,5	2,2	- 2,9	16,0
1996	45,7	21,8	19,2	49,1	3,5	2,1	- 3,4	16,0
1997	45,5	21,5	19,5	48,2	3,4	1,9	- 2,8	15,7
1998	45,7	22,1	19,2	48,0	3,4	1,9	- 2,3	15,2
1999	46,6	23,3	19,0	48,2	3,2	2,0	- 1,6	13,6
2000 ^b	46,2	23,5	18,6	47,6	3,2	1,9	- 1,3	13,6
2001	44,5	21,9	18,4	47,6	3,1	1,9	- 3,1	14,1
2002	44,1	21,5	18,4	47,9	3,0	1,8	- 3,8	13,8
2003	44,3	21,6	18,5	48,5	3,0	1,6	- 4,2	14,0
2004	43,3	21,1	18,1	47,1	2,9	1,5	- 3,8	13,6
2005	43,6	21,4	17,9	46,9	2,8	1,4	- 3,3	13,3
2006	43,7	22,2	17,3	45,3	2,9	1,5	- 1,7	12,9
2007	43,7	23,0	16,5	43,5	2,8	1,5	0,2	12,3
2008	44,0	23,1	16,5	44,1	2,8	1,6	- 0,1	11,9
2009	45,2	23,1	17,3	48,3	2,7	1,8	- 3,1	11,6
2010 ^c	43,7	22,0	16,9	47,9	2,5	1,7	- 4,2	11,5
2011	44,3	22,7	16,7	45,2	2,5	1,6	- 0,8	11,1
2012	44,8	23,2	16,8	44,7	2,4	1,6	0,1	10,3
2013	44,7	23,2	16,8	44,7	2,2	1,6	0,0	9,3
2014	44,3	23,0	16,6	44,3	2,0	1,6	0,0	8,8
2015	44,3	23,1	16,7	44,0	1,9	1,6	0,3	8,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes. - ¹In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. - ²Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen. - ^aOhne Vermögenstransfers im Zusammenhang mit der Übernahme der Schulden der Treuhandanstalt und der Wohnungswirtschaft der ehemaligen DDR (per saldo: 119,6 Mrd. €). - ^bOhne Erlöse aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen (50,8 Mrd. €). - ^cOhne Erlöse aus der Versteigerung der Mobilfunklizenzen (4,4 Mrd. €).

In ihrer Haushalts- und Finanzplanung will die Bundesregierung die Vorgaben der im Grundgesetz verankerten Schuldenregel einhalten und zugleich die investiven Ausgaben aufstocken. Ersteres bedeutet, dass der Bundeshaushalt nach den vorliegenden Planungen bereits in diesem Jahr strukturell ausgeglichen ist und in der

6. Zur Wirtschaftspolitik

mittleren Frist auch ein nominell ausgeglichener Haushalt erreicht wird.¹⁶ Um dies zu gewährleisten, soll der Anstieg der Ausgaben des Bundes – über die Legislaturperiode gerechnet – das Wachstum des nominellen BIP möglichst nicht übersteigen (BMWi 2014: 22). Um die Investitionen zu stärken, wurden „prioritäre Maßnahmen“ festgelegt, die auf jeden Fall umgesetzt werden sollen und nicht unter Finanzierungsvorbehalt stehen.

Zu diesen prioritären Maßnahmen gehört, dass der Bund seine investiven Ausgaben zum Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und zur Städtebauförderung in dieser Legislaturperiode um 5 Mrd. € bzw. 0,6 Mrd. € aufstockt. Zudem soll die Förderung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen um 6 Mrd. € erhöht werden. Um Länder und Gemeinden bei der Finanzierung von Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen zu entlasten, sollen die Zuweisungen des Bundes an diese um 6 Mrd. € gesteigert werden; außerdem beteiligt sich der Bund im Rahmen des Bundesteilhabegesetzes an den von den Gemeinden finanzierten Eingliederungshilfen mit 3 Mrd. €. Schließlich sollen die Transfers für die Eingliederung Arbeitsuchender um 1,4 Mrd. € angehoben, die Ausgaben für Entwicklungshilfe um 2 Mrd. € aufgestockt und der Bundeszuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung um 2 Mrd. € erhöht werden. Insgesamt belaufen sich laut Koalitionsvertrag die Ausgaben für die prioritären Maßnahmen in dieser Legislaturperiode auf 23 Mrd. €. Die Maßnahmen werden erst nach und nach umgesetzt; die Mehrausgaben dürften von 3½ Mrd. € im laufenden Jahr auf reichlich 9 Mrd. € im Jahr 2017 zunehmen.

Eine Finanzierung dieser Maßnahmen durch Einsparungen an anderer Stelle, etwa durch Kürzung von Finanzhilfen und Steuervergünstigungen, ist abgesehen von kleineren Einsparungen im Haushaltsvollzug nicht vorgesehen. Da die Bundesregierung dennoch am Ziel eines ausgeglichenen Haushalts im Jahr 2015 festhalten will, soll der Zuschuss des Bundes an den Gesundheitsfonds – mit Verweis auf die dort vorhandenen hohen Reserven – gekürzt werden.¹⁷ Aus ordnungspolitischer Sicht ist dies problematisch, denn dieser Zuschuss wird vor allem gewährt, um versicherungsfremde Leistungen, wie die beitragsfreie Mitversicherung von Kindern oder Mutterschaftsleistungen, abzudecken. Da diese Leistungen von gesamtstaatlichem

Bund stärkt investive Ausgaben ...

... ohne solide Finanzierung

¹⁶ Nach einer Neuverschuldung von 22,5 Mrd. € und 22,1 Mrd. € in den Jahren 2012 und 2013 wird für 2014 ein Defizit von 6,5 Mrd. € erwartet. In den Jahren 2015 bis 2018 soll der Bundeshaushalt dann erstmals seit 1969 wieder ausgeglichen sein.

¹⁷ Die Reduktion des Bundeszuschusses an den Gesundheitsfonds wurde nicht damit begründet, dass der Zuschuss an die versicherungsfremden Leistungen angepasst werden müsse, sondern damit, dass „wir ein sattes Plus von 13,6 Milliarden im Gesundheitsfonds haben. Wir können es uns deshalb leisten, aus dieser Reserve vorübergehend Mittel für die Haushaltskonsolidierung zur Verfügung zu stellen“ (BMG 2014).

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Interesse sind, sollten sie – unabhängig von der jeweiligen Finanzlage – aus dem Steueraufkommen finanziert werden.

Auch die sozialpolitischen Versprechungen des Koalitionsvertrages plant die Bundesregierung in erster Linie zu Lasten der Sozialversicherung zu finanzieren. Die Leistungen der Rentenversicherung sollen ab dem 1. Juli 2014 verbessert werden. Zum einen werden die anrechenbaren Erziehungszeiten für vor 1992 geborene Kinder um ein Jahr ausgeweitet (sog. Mütterrente). Zum anderen können Versicherte mit mindestens 45 Beitragsjahren (einschließlich der Zeiten der Arbeitslosigkeit mit Bezug von Sozialversicherungsleistungen) für einen befristeten Zeitraum schon mit 63 Jahren in Rente gehen, ohne Abschlüsse in Kauf nehmen zu müssen. Darüber hinaus werden die Rentenansprüche von Menschen mit verminderter Erwerbsfähigkeit erhöht. Alles in allem wird dies Mehrausgaben von 4,4 Mrd. € im Jahr 2014 und von 9 Mrd. € im Jahr 2015 nach sich ziehen; langfristig ist mit jährlichen Mehrausgaben von rund 11 Mrd. € zu rechnen.

Rentenversprechen
kosten langfristig
11 Mrd. € pro Jahr

Der weit überwiegende Teil dieser Leistungsausweitungen soll über Beiträge finanziert werden, obwohl es sich bei diesen Maßnahmen um versicherungsfremde Leistungen handelt, die im gesamtstaatlichen Interesse sind und somit aus dem Steueraufkommen finanziert werden sollten. Zudem verzichtete die Bundesregierung darauf, den Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung zu Beginn des laufenden Jahres um 0,6%-Punkte zu senken, wie es nach der bisherigen Gesetzeslage erforderlich gewesen wäre.¹⁸ Dadurch wären Arbeitgeber und Arbeitnehmer um jeweils 3 Mrd. € entlastet worden. Eine geringe Aufstockung des Bundeszuschusses an die Rentenversicherung ist lediglich bei der Mindestrente geplant; die restlichen Beträge sollen aus den Rücklagen der Rentenversicherung aufgebracht werden.

Rücklagen der
Rentenversicherung
werden abge-
schmolzen

Auch in der Pflegeversicherung werden die Leistungen verbessert, u.a. sollen die Betreuungsleistungen für pflegebedürftige Menschen ausgeweitet werden. Zur Finanzierung soll der Beitragssatz zur Pflegeversicherung in zwei Stufen angehoben werden: Im ersten Schritt soll er zum 1. Januar 2015 um 0,3%-Punkte erhöht werden; davon werden 0,2%-Punkte zur Finanzierung von Leistungsverbesserungen und 0,1%-Punkte für den Aufbau von Rücklagen verwendet. In einem zweiten

¹⁸ Der Beitragssatz zur Rentenversicherung wird nach geltendem Recht mittels eines Verordnungsgebungsverfahrens geändert. Danach muss er zu Beginn eines Jahres gesenkt werden, wenn die Mittel der Nachhaltigkeitsrücklage zum Ende dieses Jahres den Wert dieser Rücklage, die auf das 1,5-Fache der durchschnittlichen Monatsausgabe der Rentenversicherung fixiert ist, übersteigt; der Beitragssatz ist so weit zu senken, dass die Nachhaltigkeitsrücklage zum Jahresende voraussichtlich das 1,5-Fache der durchschnittlichen Monatsausgabe beträgt. Eine abweichende Festsetzung des Beitragssatzes per Gesetz ist aber möglich.

6. Zur Wirtschaftspolitik

Schritt soll der Beitragssatz in dieser Legislaturperiode um weitere 0,2%-Punkte angehoben werden, um insbesondere im Hinblick auf Demenzerkrankungen erweiterte Pflegeleistungen finanzieren zu können.

Den Sozialversicherungen werden in dieser Legislaturperiode dauerhafte Zusatzbelastungen aufgebürdet, was angesichts ihrer demografiebedingt ohnehin steigenden Ausgaben die Tragfähigkeit gefährdet. Die beschlossenen Leistungsverbesserungen ziehen höhere Sozialabgaben nach sich; die Mehrbelastung wird sich über die Legislaturperiode hinweg voraussichtlich auf 40 Mrd. € belaufen, was die Abgabenbelastung der Arbeitnehmer und die Lohnnebenkosten steigert. Zunehmen wird die Abgabenbelastung zudem dadurch, dass „heimliche“ Steuererhöhungen in dieser Legislaturperiode nicht verhindert werden sollen. Die hieraus resultierenden Mehrbelastungen dürften sich im Jahr 2017 auf 17 Mrd. € bzw. über die gesamte Legislaturperiode auf rund 38 Mrd. € belaufen. Eine steigende Abgabenbelastung würde aber die Wachstumskräfte und die steuerlichen Bemessungsgrundlagen in der Zukunft schwächen. Insofern kann eine Finanzpolitik, die die Einkommen immer stärker belastet und die Mehreinnahmen zur Finanzierung zusätzlicher staatlicher Transfers verwendet, nicht als nachhaltig bezeichnet werden.

steigende Abgabenbelastung schwächt Wachstumskräfte

Damit besteht weiterhin finanzpolitischer Handlungsbedarf, denn zum einen verstoßen heimliche Steuererhöhungen gegen das Leistungsfähigkeitsprinzip. Sie sollten an die Steuerzahler zurückgegeben werden durch regelmäßige Anpassungen der Einkommensgrenzen des Einkommensteuertarifs an die Inflation. Zur Gegenfinanzierung sollten die in der öffentlichen Verwaltung oder bei Subventionen oder Steuervergünstigungen bestehenden Effizienz- und Einsparpotenziale ausgeschöpft werden, zumal dies die Wachstumskräfte stärkt, so dass mittel- und langfristig mit höheren Staatseinnahmen gerechnet werden kann. Zum anderen sollten die versicherungsfremden Leistungen aus steuerfinanzierten Bundeszuschüssen beglichen werden, idealerweise durch eine Begrenzung der konsumtiven Ausgaben¹⁹.

Literatur

Alesina, A., C. Favero und F. Giavazzi (2012), The Output Effect of Fiscal Consolidations. NBER Working Paper 18336. Cambridge, MA.

Amlinger, M., R. Bispinck und T. Schulten (2014), Niedriglohnsektor: Jeder Dritte ohne Mindestlohn. WSI Report 12.

¹⁹ Zur Überlegenheit von auf der Ausgabenseite ansetzenden Konsolidierungsstrategien vgl. Alesina et al. 2012.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Anderson, R. und Y. Liu (2013), How low can you go? Negative interest rates and investors' flight to safety. *The Regional Economist* 21(1): 12-13.

Apel, H., R. Bachmann, S. Bender, M. Fertig, H. Frings, M. König, J. Möller, A. Paloyo, S. Schaffner, M. Tamm, S. Wolter, M. Umkehrer und P. vom Berge (2012), Arbeitsmarktwirkungen der Mindestlohneinführung im Bauhauptgewerbe. *Zeitschrift für Arbeitsmarktforschung* 45 (3): 257-277.

Bauer, T., J. Kluge, S. Schaffner und C. Schmidt (2009), Fiscal Effects of Minimum Wages: An Analysis for Germany. *German Economic Review* 10(2): 224-242.

BMG – Bundesministerium für Gesundheit (2014), Hermann Gröhe: Ich erwarte Entlastung für viele Versicherte. Interview mit der Passauer Neuen Presse, 7.3.2014. <http://www.bundesgesundheitsministerium.de/ministerium/presse/interviews/interview-mit-der-passauer-neuen-presse.html>, Download am 9.3.2014.

BMWi – Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2014), Jahreswirtschaftsbericht 2014, Soziale Marktwirtschaft heute – Impulse für Wachstum und Zusammenhalt. Berlin, BMWi.

Borio, C. und Disyatat, P. (2009), Unconventional monetary policies: an appraisal. Bank For International Settlement Working Paper 292. Basel.

Brenke, K. (2014), Mindestlohn: Zahl der anspruchsberechtigten Arbeitnehmer wird weit über fünf Millionen liegen. *DIW Wochenbericht* 81 (5): 71-77

Döhrn, R. (2013), Export ohne Sühne? Außenhandelsüberschüsse in der Eurozone. RWI Position 55. Essen, RWI.

Döhrn, R., G. Barabas, H. Gebhardt, H. Münch, G. Schäfer, T. Schmidt und H. Starke (2007), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Aufschwung setzt sich fort. *RWI Konjunkturberichte* 58 (1): 27-76.

Döhrn, R., G. Barabas, H. Gebhardt, T. Kitlinski, M. Micheli, T. Schmidt und S. Vosen (2009), Zur Revisionspraxis bei den Vorratsveränderungen. In: Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Mühsamer Aufstieg aus dem Rezessionstal. *RWI Konjunkturberichte* 60 (2): 33-88: 37.

Döhrn, R., G. Barabas, H. Gebhardt, T. Kitlinski, M. Micheli, T. Schmidt, S. Vosen und L. Zimmermann (2010), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Expansion gewinnt nur langsam an Fahrt. *RWI Konjunkturberichte* 61 (1): 37-96.

Döhrn, R., P. an de Meulen, G. Barabas, H. Gebhardt, T. Kitlinski, M. Micheli, T. Schmidt, S. Vosen und L. Zimmermann (2011a), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Zunehmende Risiken für die Konjunktur. *RWI Konjunkturberichte* 62 (2): 41-88.

Döhrn, R., G. Barabas, H. Gebhardt, T. Kitlinski, M. Micheli, T. Schmidt und L. Zimmermann (2011b), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Feste Konjunktur in unsicherem Umfeld. *RWI Konjunkturberichte* 62 (1): 39-94.

Döhrn, R., G. Barabas, H. Gebhardt, T. Kitlinski, M. Micheli, S. Vosen und L. Zwick (2013), Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland: Binnennachfrage trägt Aufschwung. *RWI Konjunkturberichte* 64 (3): 41-100.

Gebhardt, H. (2012), Steuerermehreinnahmen eröffnen budgetäre Spielräume zum Abbau der kalten Progression. *Wirtschaftsdienst* 92 (6): 392-398.

6. Zur Wirtschaftspolitik

Gebhardt, H. (2013), Steuerschätzung 2013 bis 2018: deutlich steigendes Steueraufkommen. *Wirtschaftsdienst* 93 (12): 835-840.

Girouard, N. und C. André (2005), Measuring Cyclically-adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Department Working Papers 434, OECD Publishing.

Falck, O., A. Knabe, A. Mazat, S. Wiederhold (2013), Mindestlohn in Deutschland. Wie viele sind betroffen? *Ifo Schnelldienst* 66(24): 68-73.

Kluve, J. (2013), So hoch wie möglich, so niedrig wie nötig: Was ist der optimale Mindestlohn? *RWI Position* 53.

Neumark, D. und W. Wascher (2007), Minimum Wages and Employment. Institute for the Study of Labor Working paper 2570. Bonn.

Schöb, R. (2014), Anmerkungen zum flächendeckenden Mindestlohn. *Ifo Schnelldienst* 67 (2): 5-7.

Woodford, M. (2012), Methods of Policy Accommodation at the Interest-Rate Lower Bound. The Changing Policy Landscape: 2012 Jackson Hole Symposium, Jackson Hole, WY.

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Anhang

Hauptaggregate der Sektoren

2013; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2454,0	1617,1	252,3	584,5	
2 - Abschreibungen	408,9	233,1	47,0	128,8	
3 = Nettowertschöpfung	2045,1	1384,0	205,3	455,7	-173,7
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1414,2	995,1	208,4	210,7	11,2
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	18,8	9,2	0,1	9,5	
6 + Empf. s. Subventionen	24,8	23,2	0,2	1,5	
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	636,9	402,9	-3,0	237,0	-184,9
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1416,1			1416,1	9,3
9 - Gel. Subventionen	25,7		25,7		5,4
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	302,5		302,5		6,1
11 - Gel. Vermögenseinkommen	817,7	713,2	59,1	45,4	191,4
12 + Empf. Vermögenseinkommen	883,5	444,3	21,1	418,1	125,6
13 = Primäreinkommen	2395,6	134,0	235,9	2025,7	-240,6
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	326,3	71,1		255,2	7,9
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	333,9		333,9		0,3
16 - Gel. Sozialbeiträge	549,0			549,0	3,1
17 + Empf. Sozialbeiträge	550,0	90,3	459,1	0,6	2,1
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	495,8	55,1	440,1	0,6	0,4
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	489,4			489,4	6,8
20 - Gel. s. lauf. Transfers	213,2	77,2	65,9	70,1	6,4
21 + Empf. s. lauf. Transfers	172,9	78,4	18,3	76,2	46,7
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2357,4	99,3	541,2	1716,9	-202,4
23 - Konsumausgaben	2105,4		533,0	1572,4	
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche		-29,7		29,7	
25 = Sparen	252,0	69,6	8,2	174,2	-202,4
26 - Gel. Vermögenstransfers	33,5	3,6	23,5	6,3	3,3
27 + Empf. Vermögenstransfers	33,0	14,4	10,0	8,6	3,7
28 - Bruttoinvestitionen	458,5	247,2	42,8	168,5	
29 + Abschreibungen	408,9	233,1	47,0	128,8	
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern		0,5	-1,4	0,9	
31 = Finanzierungssaldo	202,0	65,8	0,3	135,9	-202,0
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2357,4	99,3	541,2	1716,9	-202,4
33 + Saldo sozialer Sachtransfers	-	-	342,6	- 342,6	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2357,4	99,3	198,6	2059,5	-202,4

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

Hauptaggregate der Sektoren

2014; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2548,4	1687,0	259,4	602,0	
2 - Abschreibungen	419,6	238,7	48,2	132,6	
3 = Nettowertschöpfung	2128,8	1448,3	211,2	469,3	-184,7
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1458,4	1030,3	213,9	214,2	11,6
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	18,9	9,1	0,1	9,7	
6 + Empf. s. Subventionen	24,8	23,2	0,2	1,5	
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	676,4	432,1	-2,6	246,9	-196,3
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1460,4			1460,4	9,5
9 - Gel. Subventionen	26,0		26,0		5,4
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	308,4		308,4		6,1
11 - Gel. Vermögenseinkommen	833,0	729,6	57,6	45,7	193,3
12 + Empf. Vermögenseinkommen	901,2	456,0	22,4	422,8	125,1
13 = Primäreinkommen	2487,4	158,5	244,6	2084,3	-254,2
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	337,5	71,7		265,8	7,9
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	345,1		345,1		0,3
16 - Gel. Sozialbeiträge	564,6			564,6	3,1
17 + Empf. Sozialbeiträge	565,6	92,9	472,1	0,6	2,2
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	509,5	55,6	453,4	0,6	0,4
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	503,0			503,0	7,0
20 - Gel. s. lauf. Transfers	215,9	78,4	66,0	71,5	6,2
21 + Empf. s. lauf. Transfers	177,6	75,8	18,7	83,1	44,6
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2451,1	121,6	561,1	1768,5	-217,8
23 - Konsumausgaben	2169,6		550,1	1619,5	
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche		-30,7		30,7	
25 = Sparen	281,5	90,8	11,0	179,7	-217,8
26 - Gel. Vermögenstransfers	34,3	3,6	24,4	6,4	3,4
27 + Empf. Vermögenstransfers	32,5	13,7	10,1	8,6	5,3
28 - Bruttoinvestitionen	483,2	256,2	46,4	180,7	
29 + Abschreibungen	419,6	238,7	48,2	132,6	
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern		0,5	-1,4	0,9	
31 = Finanzierungssaldo	216,0	83,0	0,0	133,0	-216,0
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2451,1	121,6	561,1	1768,5	-217,8
33 + Saldo sozialer Sachtransfers	-	-	353,7	- 353,7	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2451,1	121,6	207,3	2122,2	-217,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

Hauptaggregate der Sektoren

2015; in Mrd. €

Gegenstand der Nachweisung	Volks- wirt- schaft	Kapital- gesell- schaften	Staat	Private. Haus- halte	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	2651,3	1759,9	267,0	624,4	
2 - Abschreibungen	431,7	245,1	49,6	137,0	
3 = Nettowertschöpfung	2219,6	1514,8	217,4	487,4	-191,2
4 - Gel. Arbeitnehmerentgelte	1509,4	1070,5	220,0	219,0	11,9
5 - Gel. s. Produktionsabgaben	19,3	9,3	0,1	9,9	
6 + Empf. s. Subventionen	24,8	23,2	0,2	1,5	
7 = Betriebsüberschuss u.Ä.	715,7	458,3	-2,5	260,0	-203,1
8 + Empf. Arbeitnehmerentgelte	1511,5			1511,5	9,8
9 - Gel. Subventionen	26,0		26,0		5,4
10 + Empf. Prod.- u. Imp.abgaben	315,7		315,7		6,1
11 - Gel. Vermögenseinkommen	848,3	743,9	57,3	47,1	195,2
12 + Empf. Vermögenseinkommen	919,2	465,7	21,8	431,7	124,3
13 = Primäreinkommen	2587,7	180,0	251,6	2156,2	-263,4
14 - Gel. Eink.- u. Verm.steuern	357,1	75,8		281,3	7,9
15 + Empf. Eink.- u. Verm.steuern	364,7		364,7		0,3
16 - Gel. Sozialbeiträge	587,3			587,3	3,2
17 + Empf. Sozialbeiträge	588,2	96,6	491,0	0,6	2,3
18 - Gel. mon. Sozialleistungen	526,5	56,5	469,4	0,6	0,4
19 + Empf. mon. Sozialleistungen	519,8			519,8	7,1
20 - Gel. s. lauf. Transfers	220,0	79,5	67,5	73,0	6,4
21 + Empf. s. lauf. Transfers	180,1	71,4	19,1	89,6	46,4
22 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2549,6	136,1	589,5	1824,1	-225,3
23 - Konsumausgaben	2241,1		571,6	1669,5	
24 + Zunahme betr. Vers.ansprüche		-30,7		30,7	
25 = Sparen	308,5	105,4	17,9	185,3	-225,3
26 - Gel. Vermögenstransfers	32,9	3,6	22,9	6,4	3,4
27 + Empf. Vermögenstransfers	31,0	12,1	10,3	8,6	5,3
28 - Bruttoinvestitionen	515,0	274,6	48,0	192,3	
29 + Abschreibungen	431,7	245,1	49,6	137,0	
30 - Nettoz. an nichtprod. Verm.gütern		0,5	-1,4	0,9	
31 = Finanzierungssaldo	223,4	83,9	8,3	131,2	-223,4
Nachrichtlich:					
32 = Verfüg. Eink. (Ausgabenkonzept)	2549,6	136,1	589,5	1824,1	-225,3
33 + Saldo sozialer Sachtransfers	-	-	370,1	- 370,1	-
34 = Verfüg. Eink. (Verbrauchskonzept)	2549,6	136,1	219,4	2194,1	-225,3

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Erwerbstätige	0,6	0,8	0,1	0,7	0,9	0,3	- 0,1
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	0,2	0,3	0,1	0,5	0,1	- 0,1	0,4
Arbeitsvolumen	- 0,4	- 0,5	0,0	- 0,3	- 0,8	- 0,4	0,5
Produktivität ¹	0,3	1,6	2,0	1,4	1,9	2,0	2,0
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,4	1,9	2,1	1,9	2,0	1,8	2,3

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	2 105,4	2 169,6	2 241,1	1 054,1	1 115,5	1 088,8	1 152,3
Private Haushalte ²	1 572,4	1 619,5	1 669,5	786,7	832,8	811,6	857,9
Staat	533,0	550,1	571,6	267,3	282,7	277,2	294,4
Anlageinvestitionen	472,2	502,1	534,6	235,7	266,4	250,1	284,5
Ausrüstungen	170,9	180,9	195,2	84,5	96,4	90,9	104,3
Bauten	271,3	290,0	307,1	136,3	153,7	143,7	163,4
Sonstige Anlageinvestitionen	30,0	31,2	32,2	14,9	16,3	15,5	16,8
Vorratsveränderung ³	- 13,7	- 18,9	- 19,6	- 1,1	- 17,8	- 1,6	- 17,9
Inländische Verwendung	2 563,9	2 652,8	2 756,1	1 288,7	1 364,1	1 337,2	1 418,8
Außenbeitrag	173,7	184,7	191,2	97,0	87,7	98,3	92,8
Exporte	1 385,5	1 452,2	1 558,2	712,5	739,7	758,3	799,9
Importe	1 211,8	1 267,4	1 367,1	615,5	651,9	660,0	707,1
Bruttoinlandsprodukt	2 737,6	2 837,5	2 947,2	1 385,7	1 451,9	1 435,6	1 511,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	2,8	3,0	3,3	3,0	3,1	3,3	3,3
Private Haushalte ²	2,5	3,0	3,1	2,9	3,1	3,2	3,0
Staat	3,6	3,2	3,9	3,5	3,0	3,7	4,1
Anlageinvestitionen	0,4	6,3	6,5	6,5	6,2	6,1	6,8
Ausrüstungen	- 2,4	5,9	7,9	4,2	7,4	7,6	8,1
Bauten	2,0	6,9	5,9	8,2	5,7	5,5	6,3
Sonstige Anlageinvestitionen	2,1	4,0	3,5	4,1	3,9	3,8	3,2
Inländische Verwendung	2,2	3,5	3,9	3,2	3,7	3,8	4,0
Exporte	0,3	4,8	7,3	4,2	5,4	6,4	8,1
Importe	- 0,9	4,6	7,9	3,2	6,0	7,2	8,5
Bruttoinlandsprodukt	2,7	3,7	3,9	3,7	3,6	3,6	4,1

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2005)

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1 876,5	1 902,9	1 932,2	930,8	972,0	945,3	986,8
Private Haushalte ²	1 404,5	1 427,0	1 451,4	695,0	732,0	707,5	743,9
Staat	472,2	476,0	481,0	235,9	240,1	237,9	243,1
Anlageinvestitionen	428,4	449,5	470,6	210,5	238,9	219,9	250,8
Ausrüstungen	172,3	181,7	195,2	84,0	97,7	90,1	105,2
Bauten	220,7	230,7	237,8	108,8	121,9	111,8	126,0
Sonstige Anlageinvestitionen	33,6	35,3	36,8	16,7	18,6	17,4	19,3
Inländische Verwendung	2 299,6	2 343,2	2 393,3	1 147,9	1 195,3	1 171,3	1 222,0
Exporte	1 299,7	1 361,9	1 449,2	669,1	692,8	706,9	742,3
Importe	1 116,7	1 174,6	1 258,3	570,4	604,2	608,1	650,2
Bruttoinlandsprodukt	2 482,4	2 529,7	2 582,6	1 246,1	1 283,6	1 269,1	1 313,5

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	0,8	1,4	1,5	1,3	1,5	1,6	1,5
Private Haushalte ²	0,9	1,6	1,7	1,4	1,8	1,8	1,6
Staat	0,7	0,8	1,0	1,2	0,5	0,8	1,2
Anlageinvestitionen	- 0,7	4,9	4,7	5,0	4,8	4,4	5,0
Ausrüstungen	- 2,4	5,5	7,4	3,7	7,0	7,2	7,7
Bauten	0,1	4,6	3,1	5,8	3,5	2,7	3,4
Sonstige Anlageinvestitionen	3,0	4,9	4,3	5,2	4,6	4,6	4,0
Inländische Verwendung	0,5	1,9	2,1	1,6	2,2	2,0	2,2
Exporte	0,8	4,8	6,4	4,6	4,9	5,6	7,1
Importe	0,9	5,2	7,1	4,5	5,9	6,6	7,6
Bruttoinlandsprodukt	0,4	1,9	2,1	1,9	2,0	1,8	2,3

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2005=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Private Konsumausgaben ²	1,6	1,4	1,4	1,5	1,3	1,3	1,4
Konsumausgaben des Staates	2,9	2,4	2,9	2,3	2,5	2,8	2,8
Anlageinvestitionen	1,0	1,4	1,7	1,4	1,3	1,6	1,7
Ausrüstungen	0,0	0,4	0,4	0,5	0,3	0,4	0,5
Bauten	1,9	2,2	2,7	2,3	2,2	2,7	2,8
Exporte	- 0,5	0,0	0,8	- 0,4	0,4	0,7	0,9
Importe	- 1,8	- 0,6	0,7	- 1,3	0,1	0,6	0,8
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,7	1,7	1,8	1,6	1,7	1,7

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten HH ²	2 025,7	2 084,3	2 156,2	1 021,8	1 062,5	1 054,0	1 102,1
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	255,2	263,0	273,6	127,2	135,7	132,0	141,5
Bruttolöhne und -gehälter	1 160,9	1 197,4	1 238,0	573,5	623,9	591,9	646,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	609,7	623,9	644,6	321,1	302,8	330,1	314,6
Primäreinkommen der übr. Sektoren	369,9	403,1	431,6	179,5	223,6	192,1	239,5
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2 395,6	2 487,4	2 587,7	1 201,4	1 286,1	1 246,1	1 341,6
Abschreibungen	408,9	419,6	431,7	209,3	210,3	215,3	216,4
Bruttonationaleinkommen	2 804,6	2 907,0	3 019,5	1 410,6	1 496,4	1 461,4	1 558,0
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	2 118,8	2 205,0	2 298,1	1 061,9	1 143,1	1 103,2	1 194,9
Unternehmens- und Vermögenseink.	702,7	744,6	786,6	361,2	383,4	379,3	407,3
Arbeitnehmerentgelt	1 416,1	1 460,4	1 511,5	700,7	759,7	723,9	787,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten HH ²	2,5	2,9	3,4	3,0	2,8	3,2	3,7
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1,7	3,1	4,0	2,9	3,2	3,8	4,2
Bruttolöhne und -gehälter	3,0	3,1	3,4	3,6	2,8	3,2	3,5
Bruttolöhne und -gehälter je Besch.	2,2	2,4	3,3	2,8	2,0	2,9	3,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,9	2,3	3,3	1,9	2,8	2,8	3,9
Primäreinkommen der übr. Sektoren	5,2	9,0	7,1	10,0	8,1	7,0	7,1
Nettonationaleink. (Primäreink.)	2,9	3,8	4,0	4,0	3,7	3,7	4,3
Abschreibungen	1,7	2,6	2,9	2,4	2,8	2,9	2,9
Bruttonationaleinkommen	2,7	3,7	3,9	3,7	3,6	3,6	4,1
nachrichtlich:							
Volkseinkommen	3,1	4,1	4,2	4,3	3,9	3,9	4,5
Unternehmens- und Vermögenseink.	3,9	6,0	5,6	5,8	6,1	5,0	6,2
Arbeitnehmerentgelt	2,8	3,1	3,5	3,5	2,8	3,3	3,7

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte ²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1 170,2	1 204,8	1 240,3	579,7	625,1	598,7	641,6
Nettolöhne und -gehälter	772,8	794,7	814,2	377,5	417,1	386,3	427,8
Monetäre Sozialleistungen	489,4	503,0	519,8	248,6	254,4	258,9	260,9
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	92,0	92,9	93,7	46,4	46,5	46,5	47,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	609,7	623,9	644,6	321,1	302,8	330,1	314,6
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	- 62,9	- 60,3	- 60,9	- 28,4	- 31,9	- 28,3	- 32,6
Verfügbares Einkommen	1 716,9	1 768,5	1 824,1	872,4	896,0	900,5	923,6
Zunahme betriebl. Versorgungsanspr.	29,7	30,7	30,7	15,2	15,5	15,2	15,5
Konsumausgaben	1 572,4	1 619,5	1 669,5	786,7	832,8	811,6	857,9
Sparen	174,2	179,7	185,3	100,9	78,7	104,2	81,1
Sparquote (%) ⁶	10,0	10,0	10,0	11,4	8,6	11,4	8,6

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	2,6	3,0	2,9	- 4,3	7,8	- 4,2	7,2
Nettolöhne und -gehälter	2,8	2,8	2,5	3,4	2,3	2,3	2,6
Monetäre Sozialleistungen	2,2	2,8	3,3	1,3	4,3	4,2	2,5
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	2,4	1,0	0,9	0,4	1,5	0,2	1,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	1,9	2,3	3,3	1,9	2,8	2,8	3,9
Verfügbares Einkommen	2,2	3,0	3,1	2,9	3,1	3,2	3,1
Konsumausgaben	2,5	3,0	3,1	2,9	3,1	3,2	3,0
Sparen	- 1,3	3,1	3,1	3,1	3,1	3,2	3,0

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates ⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen							
Steuern	636,4	653,5	680,3	326,4	327,1	339,3	341,1
Sozialbeiträge	459,1	472,1	491,0	229,9	242,2	238,6	252,4
Vermögenseinkommen	21,1	22,4	21,8	13,4	9,0	13,1	8,7
Sonstige Transfers	18,3	18,7	19,1	8,8	9,9	9,0	10,1
Vermögenstransfers	10,0	10,1	10,3	4,8	5,3	4,9	5,4
Verkäufe	78,4	79,7	81,1	38,1	41,6	38,8	42,3
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 223,4	1 256,7	1 303,9	621,5	635,2	643,7	660,1
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	359,1	370,4	385,8	178,8	191,6	186,3	199,6
Arbeitnehmerentgelt	208,4	213,9	220,0	102,8	111,1	105,8	114,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	59,1	57,6	57,3	28,8	28,9	28,4	29,0
Subventionen	25,7	26,0	26,0	12,3	13,6	12,4	13,6
Monetäre Sozialleistungen	440,1	453,4	469,4	224,2	229,2	234,1	235,3
Sonstige laufende Transfers	65,9	66,0	67,5	34,5	31,6	35,3	32,2
Vermögenstransfers	23,5	24,4	22,9	9,9	14,5	9,4	13,5
Bruttoinvestitionen	42,8	46,4	48,0	20,1	26,3	20,9	27,2
Nettozugang an nichtprod. Vermö- gsgütern	- 1,4	- 1,4	- 1,4	- 0,7	- 0,7	- 0,7	- 0,7
Insgesamt	1 223,1	1 256,6	1 295,6	610,7	645,9	631,8	663,8
Finanzierungssaldo	0,3	0,0	8,3	10,8	- 10,7	11,9	- 3,6

Die wirtschaftliche Entwicklung im Inland

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2014 und 2015

	2013	2014	2015	2014		2015	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	3,0	2,7	4,1	2,5	2,9	3,9	4,3
Sozialbeiträge	2,3	2,8	4,0	3,1	2,6	3,8	4,2
Vermögenseinkommen	- 7,5	6,0	- 2,5	11,3	- 1,1	- 2,3	- 2,8
Sonstige Transfers	5,2	2,0	2,2	2,0	2,0	2,0	2,3
Vermögenstransfers	- 5,0	1,5	1,8	1,5	1,6	1,9	1,7
Verkäufe	2,9	1,7	1,8	1,9	1,6	1,8	1,7
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	2,5	2,7	3,8	2,8	2,6	3,6	3,9
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	4,4	3,2	4,2	3,2	3,2	4,2	4,2
Arbeitnehmerentgelt	2,2	2,6	2,8	2,5	2,8	2,9	2,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	- 7,4	- 2,5	- 0,5	- 2,8	- 2,2	- 1,4	0,3
Subventionen	4,3	1,2	0,2	1,1	1,3	0,8	- 0,3
Monetäre Sozialleistungen	2,3	3,0	3,5	1,6	4,5	4,4	2,6
Sonstige laufende Transfers	15,4	0,2	2,3	0,5	- 0,1	2,4	2,1
Vermögenstransfers	- 15,4	3,6	- 6,0	0,0	6,2	- 5,1	- 6,6
Bruttoinvestitionen	3,5	8,4	3,6	16,2	3,1	3,9	3,4
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	2,7	2,7	3,1	2,3	3,1	3,5	2,8

Eigene Berechnungen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes - ¹Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. - ²Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. - ³Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.- ⁴Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen. - ⁵Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.- ⁶Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche). - ⁷Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. - ⁸Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.